Die heutige Ausgabe umfaßt 6 Seiten. Einzelpreis 40 Pfennig.

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. — Bezugspreis: Vierteljährlich M. 10.—, Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647. Geschäftszeit 8—4 Uhr, Samstag 8—12 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.—. Finanzanzeigen netto M. 1.50, Familienanzeigen M. 1.50, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pf. — Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20 647. Drahtanschrift: Beobachter, München.
Sprechstunde des Hauptschriftleiters 10—12 Uhr, der verantwortl. Schriftleitung 2—4 Uhr nachmittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Ausgabe 24 | München, den 24. März 1921 | 35. Jahrgang

Archiv und Museum München

Die deutschnationale Kleinaktie — Wiederaufbau Nordfrankreichs? — Ein neuer Rattenkönig
Explosion der Bothmerschen Königspartei — Judenherrschaft in Nordamerika
Japan und die neue Entente

Stinnes und seine jungen Männer

A.B. Die Reichsregierung hat sich in ihren außenpolitischen Methoden seit 1917 nicht geändert. Sie wirkt wie ein verlängerter Bethmann; Bethmann, Kühlmann, Prinz Max von Baden, der Volksbeauftragte Haase, Brockdorff-Rantzau, der Journalist Köster und jetzt der Rechtsgelehrte Simons, alle diese Außenpolitiker sind von einer Art.

Der Vorwurf der Ideenlosigkeit ist ein Urteil des Abgeordneten Stinnes über den Minister Simons. Hat Stinnes Ideen? Wir behaupten, wahrhaft schöpferische hat auch dieser Mann nicht, auf den die Augen vieler Hunderttausende warten. Trotz seines bärbeißigen Aussehens, seiner fabelhaften Arbeitskraft, die wie ein losgelassener Tank über alle Hindernisse hinweggeht, trotz seiner an die Ludendorffsche Kraftnatur erinnernden, fast übermenschlichen Qualitäten des Ordnens, Haushaltens und Disponierens! Die frische Farbe der Entschließung ist auch bei ihm noch von des Gedankens Blässe angekränkelt. In Spaa erhebt sich Stinnes, „um den gegnerischen Delegierten in die Augen zu sehen". Schon faul! Er beweist ihnen, jawohl, er beweist es, daß die Kohlenfrage von der Entente allein nicht gelöst werden könne. Das Kohlenproblem könne nur gelöst werden in engster Verbindung mit der deutschen Unternehmerschaft und den deutschen Bergarbeitern. Am 16. Oktober aber muß Stinnes telegraphisch protestieren gegen den ungeheuerlichen Kohlenüberfluß in Frankreich!! Ideen sind die Munition des Politikers. Es kommt nicht nur darauf an, daß man die Munition auf Lager hat, sondern auch darauf, daß man sie am rechten Platz und zur rechten Zeit verschießt.

Eine der unglücklichsten Ideen, die ein anderer ideenarmer Staatsmann, Herr von Kahr, verzapft hat, scheint uns seine Erklärung vom 8. März gewesen zu sein, deren Gipfelpunkte einer der Satz ist: „Die Armut wollten und wollen wir auf uns nehmen, Unfreiheit und Sklaverei niemals!" Armut unter dem Zwang der Horden Tillys, Gustav Adolfs, Wallensteins, Napoleons, das ist verständlich. Freiwillige Armut ist, um mit Kriegserinnerungen zu arbeiten, Steckrüben oder Dolchenpolitik. Diese Bereitschaftserklärung des Herrn von Kahr wirkt nur als neuerliche Bekräftigung der gallischen Hoffnung (übrigens auch der englischen Volksstimmung: let them pay, laßt sie blechen, rief man in London Lord George zu!), daß der Bosch alles zahlen werde. Der Bosch will ja ein armer Teufel werden.

In das gleiche Horn, freiwillige Verarmung Deutschlands, scheint uns aber auch Herr Stinnes zu blasen. Die „M. Z." bringt durch einen Dr. Kuczynski den Gegenvorschlag für London!

„Die Entente und vor allem Frankreich legen den größten Wert darauf, sofort eine große Summe zu erhalten. Wir müssen ihnen hierin soweit als möglich entgegenkommen. Eine große internationale Anleihe wird aber schwer aufzunehmen sein und würde uns auch eine unerträgliche Zinsenlast aufbürden. Hingegen könnten wir, ohne unsere Volkswirtschaft wesentlich zu schädigen, die erforderlichen Mittel durch eine einmalige Vermögensabgabe beschaffen. Leitender Grundsatz müßte sein: An einem bestimmten, möglichst nahen Termin, sagen wir am 4. April 1921, geht die Hälfte des inländischen Vermögens in das Eigentum des Deutschen Reiches über."

Die Ausführung läuft auf die sofortige Ablieferung von 90 Milliarden Papiermark hinaus, wofür die Entente uns auf 7 Jahre (!) vollständig in Ruhe zu lassen habe!

Nun läßt sich da unseres Erachtens von Ideen überhaupt nicht reden, weil alle Entschlüsse und Projekte, die vom Friedensvertrag von Versailles (der „Bayer. Kurier" wünscht, daß man ihn nicht mehr als Schandvertrag bezeichne) sich ableiten, kernfaul sind. Ausnahmslos! Der Mann, der in Spaa pathetisch den Vertragsgegnern ins Auge sieht, nämlich Stinnes, täuscht sich auch über die ehrliche Honorierung seiner sieben fetten oder mageren Jahre. (Nebenbei: ein interessante Anspielung!)

Nur das geben wir zu: Einzelne Bestimmungen des Versailler Schanddokuments könnten immerhin in der Hand eines ideenreichen diplomatischen Kämpfers zu wertvoller Waffe werden und wohl ausgemünzt, die Hauptaktion, die Abschüttelung des Vertrags, wirksam unterstützen. Der Wiederaufbau in Frankreich! Da gibt es ein Reichsministerium für Wiederaufbau! Das nimmt Statistiken auf, sammelt Nachrichten über die französischen Departements, arbeitet papierne Projekte aus und hat, wie wir unlängst erst erfuhren, das mehrmalige Angebot zu deutscher Mitarbeit am Wiederaufbau, auf diplomatischem Wege natürlich, veranlaßt. Wie sieht es in Frankreich aus? Zu Beginn des Jahres 1921 waren von den Landstraßen noch nicht ein Drittel, von den Bergwerken noch nicht der fünfte Teil, von den Fabriken nicht 35 vom Hundert, von zerstörten oder beschädigten Wohngebäuden noch nicht 3 vom Hundert gebrauchsfertig: Es gibt dort Wiederaufbaugewinnler, die den obdachlosen Bewohnern ihre deutsche Schuldforderung ablausen. Ein Heer von überflüssigen Beamten waltet in den „befreiten" Gebieten. Riesige Vorräte sind verschleudert. Die deutschen Materiallieferungen sind verschoben. Die um vierhundert Millionen Dollar gekauften amerikanischen Materiallager sind ausgestohlen!

Wir kommen zum Kernpunkt: Nicht vertraulich und höflich, diplomatisch bescheiden im Wege des Notenwechsels, sondern unter Berücksichtigung aller Gesetze der politischen Resonanz hätte propagandistisch die Forderung des Wiederaufbaus unter deutscher technischer Leitung nachdrücklichst vorbereitet und alsdann als große Haupt- und Staatsaktion die schlennige Einleitung vor der ganzen Welt gefordert werden sollen. Der französischen Tendenz, die Wunde offen zu halten, hätte die deutsche entgegengestellt werden müssen, sie zu schließen. Der französischen Renommiersucht, den Amerikareisenden zerschossene Gebiete vorzuführen, hätte die deutsche Sachlichkeit, die im Laufe eines Jahres die riesigste produktive Leistung hätte aufweisen können, gegenübertreten müssen. Auch die französische Volkspsyche ist fremdländischer Bearbeitung zugänglich. Der nachdrücklichen deutschen Forderung, den Wiederaufbau in die Hand zu nehmen, hätte sie durch alle Regiekünste eines Poincaré, Briand, Loucheur nicht entzogen werden können. Kam es zur Führung des Wiederaufbaus — und wir betonen nochmals: ohne deutsche Führung ist er gar nicht denkbar! — so ergab sich schließlich von selbst, daß zur wahren Führerschaft eben doch nur das deutsche Volk berufen ist. Einer der tiefen inneren Gründe des Krieges!! Verweigerten die Alliierten die nachdrückliche Forderung Deutschlands — sentimentale Rücksichten auf die sogenannten Gefühle der Einwohner konnten hier nicht entscheidend sein —, so war die früher oder später doch unvermeidbare Kündigung des Versailler Friedens auf das glänzendste vorbereitet.

Eine einfache Idee! Sich bettelarm zu machen, so oder so, einer trotz ihres „Sieges" moralisch, wirtschaftlich und organisatorisch mehr oder weniger bankerotten Klientel nutzlos Milliarden in den Rachen zu werfen, ist die wahre Politik der Ideenlosigkeit, trage sie Simons oder Stinnes', des Lehrjungen oder des Meisters Kennzeichen!

Politik

Außenpolitik und Psychiatrie.

Die Affäre Mayer-Koy — Bothmer — Königspartei wächst sich zu einem bajuwarisch-europäischen Skandal aus, dem die Spitze nur dadurch abgebrochen werden könnte, daß man den ganzen Kontinent zu einem herzlichen Gelächter auffordert, die Leute aber, die noch im Jahre 1920 mit den Franzosen konventikelten, nicht dem Staatsanwalt wegen Hochverrats, sondern dem Nervenarzt wegen Geisteskrankheit überantwortet. Jedenfalls muß man das eine oder das andere mit aller Entschiedenheit tun, und zwar schleunig!

Die christlichsoziale Zeitung „Das Neue Volk" (Würzburg) eröffnet eine Serie von Enthüllungen, in denen zunächst die bisherige Leitung der Bayerischen Königspartei regelrecht abgeschlachtet wird. Es werden zunächst Aufzeichnungen über eine Konferenz bei dem Obersten de Metz (Speyer) veröffentlicht:

Mayer-Koy: „Die Bayerische Königspartei wie überhaupt ganz Bayern bekämpft den Bolschewismus mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Wird der Norden des Reiches weiter in dem Maße vom Bolschewismus verseucht wie bisher, dann ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo sich das nichtbolschewistische Bayern völlig trennt von dem bolschewistischen Preußen-Deutschland." (Dr. Heim nannte das „Abkapselung".)

Colonel de Metz: „Das ist gut!"

Mayer-Koy: „Die Bekämpfung des Bolschewismus stehe an erster Stelle mit in unserem Programm. In Bayern wird der Bolschewismus niemals mehr Fuß fassen können! Allerdings dürfen wir unsererseits in unserer Propaganda für den Königsgedanken unter keinen Umständen erlahmen. Leider fehlen uns dazu die Mittel in ausreichendem Maße."

Colonel de Metz: „Wieviel Geld brauchen Sie?"

Mayer-Koy: „Mit 25 000 Mark wäre uns vorläufig gedient." (Der richtige Boche — nur 25!)

Colonel de Metz: „Man bekommt leichter Millionen als Tausende. Sie brauchen doch Millionen!" (Der richtige Kavalier — er verrechnet auf „Wiedergutmachungsfonds"!)

Mayer-Koy: „Um die Propaganda durchgreifend gestalten zu können, jawohl." — —

An anderer Stelle behauptet Mayer-Koy, das bayerische Königshaus subventioniere ihn mit 50 000 Mark jährlich. Wir glauben zwar, daß Mayer-Koy (zum Zwecke der Kreditanerhöhung!) den Franzosen diesen Bären aufgebunden hat, hielten aber, wie gesagt, die Behauptung angesichts der sprichwörtlichen Sparsamkeit des Exkönigs für Humbug. Eine Behauptung aus dem Bericht des Konferenzteilnehmers Emrich ist besonders typisch und von der bekannten eleganten französischen Präzision. Colonel de Metz: „Die Zukunftslinie für den Kontinent heißt Paris—München—Wien!" — —

Die Sanktionspolitik unter dem Schutze der Polizei

Der „Temps" schreibt in seinem Leitartikel vom 12. März: „Unter diesen Bedingungen befindet sich die gegenwärtige deutsche Regierung in einer argen Verlegenheit . . . Deshalb sollte Deutschland, bevor es irgend etwas anbietet, seine Politik und vielleicht seine Männer wechseln. Keine Feldzüge mehr über die Verantwortlichkeit am Kriege! Keine systematischen Aufreizungen gegen Frankreich! Keine Persönlichkeiten, die durch ihre Beziehungen zu dem alten Regime bloßgestellt sind! Die Leute, die alldeutsche Propaganda machen, sollten ins Gefängnis geworfen werden, wenn Deutschland seine wahren Interessen kennte."

„Sanktion" und „Annexion"

Das „Echo de Paris" läßt sich aus Düsseldorf berichten: „Das System der doppelten Zollgrenze (die eine 10—30 Kilometer vom Rhein, die andere an der französischen Grenze) gestattet uns, in dieses reichste Land der Welt Frankreichs Reis, Eisenerze, Pottasche, Weine und Liköre einströmen zu lassen. Es gestattet uns sorgfältige Abwehr einer Invasion deutscher Fertigfabrikate. Es handelt sich um 9 Millionen Menschen, die für eine gewisse Zeit in unsere kommerzielle und koloniale Entwicklungslinie einbezogen sein werden und die, wenn sie darin einen in die Augen fallenden Vorteil finden, sich von dem ihnen verhaßten Preußen loslösen werden. An Annexion denkt kein Mensch, aber wer sollte nicht eine Verbindungslinie wünschen?"

Eine neue Art „Sanktionen"

Der „Temps" kommt, in Betrachtung der „Schattenseiten" des Versailler Vertrages zum Ergebnis: Wenn man den Vertrag ändern wolle, gebe es nur eine entscheidende Möglichkeit zu seiner Verbesserung, man müsse jedem der Gläubiger volle Freiheit geben, sich durch eigene Mittel bezahlt zu machen. —

Darunter sind zu verstehen: Raubzüge der einzelnen Gläubiger, der einzelnen Alliierten, also auf eigene Rechnung. Die „Solidarität" der alliierten Räuber tritt erst wieder ein, wenn Deutschland es wagen sollte, sich zur Wehr zu setzen, d. h. den „Weltfrieden" zu brechen.

Die deutsch-nationale Klein-Aktie

von Guido Roeder.

> Die Deutsch-nationale Volkspartei betonte in einer in München unlängst abgehaltenen Versammlung durch ihren Abg. Wulle den Gedanken der Kleinaktie als besondere Errungenschaft ihrer Partei. (D. Schriftltg.)

Mit Erstaunen, wenn nicht gar Entsetzen muß jeden national-sozialistisch geschulten Leser des „Beobachter" die Mitteilung im Bericht über die Wulle-Versammlung am 27. Februar in München erfüllt haben, daß der Abgeordnete Wulle dort u. a. als eine der erstrebenswerten sozialen Neuerungen die Kleinaktie genannt hat. Diesen Brosamen vom Tische kapitalistischer Denkungsart findet man in letzter Zeit wieder häufiger dem schaffenden Teil des Volkes von seinen kapitalistischen Ausbeutern hingeworfen. Wissen die Herren, die die national- bzw. deutsch-sozialistische Bewegung so gern und geschickt zum Stoßtrupp ihrer deutschnationalen Belange zu machen versuchen, noch immer nicht, daß von 12 Milliarden Kriegsanleihe Zinsen 11,4 Milliarden in die Hände von 2 v. H. der Anleiheinhaber und nur 600 Millionen in die der übrigen 98 v. H. fließen? Wollen sie nicht einsehen, daß auch die Kleinaktie zu nichts anderem bestimmt ist, als den Gedanken des Zinsgewinnes noch mehr in den breitesten Massen der Arbeiterschaft heimisch zu machen? Haben sie noch immer nicht erkannt, daß auch diese Art des Zinses die Berechtigung des mühelosen Einkommens, also des Wuchers anerkennt? Können sie sich nicht von der Unmoral des Gedankens überzeugen, ein höheres Einkommen haben zu wollen, als es der persönlichen Leistung entspricht?

Bemerkenswert ist, wie mit Bezug auf die Kleinaktie ganz stillschweigend vorausgesetzt wird, daß sie Namensaktie ist, bzw. den Charakter einer solchen erhält, denn andernfalls dürfte es wohl nur eine kurze Zeit mit der Herrlichkeit der Kleinaktie dauern. Schnell wäre sie vom Großkapital dem Arbeitnehmer abgekauft, dem der Besitz der Kapitalsumme in den meisten Fällen verlockender sein dürfte, als die wenigen Mark an jährlicher Dividende.

Nein, durch solche kleinlichen Mäzchen wird die soziale Frage nicht gelöst. Bei Betrachtung des Aktienwesens hat man von ganz anderen Gesichtspunkten auszugehen. Ich schrieb darüber bereits folgendes:

Nun kommen wir zu dem Wucher mit Geld in Form des ungesicherten Darlehens. Fraglos ist hier die Leistung des Darlehnsgebers eine größere. Er gibt nicht nur die

Darlehnssumme her, sondern geht auch ein Wagnis ein. Wird sein Schuldner zahlungsunfähig, so droht der Verlust des ganzen Geldes.

Darauf kann sich der Staat im Interesse der Allgemeinheit nicht einlassen. Bei dem ungesicherten Darlehn spielt die Person des Darlehnsnehmers eine zu große Rolle. Daher auch die Bezeichnung Personalkredite im Gegensatz zu Realkrediten. Gewährung eines ungesicherten Darlehns ist Vertrauenssache. Berechtigt ist damit auch die Forderung eines Entgelts für das eingegangene Wagnis (Risikoprämie). Sie darf jedoch nicht zu einem unbegrenzten Anspruch an die Erträgnisse des jeweiligen Unternehmers ausarten. Wenn, wie es heutzutage geschieht, alle in Form von Aktien- oder sonstigem Gesellschaftskapital gewährten Darlehen dem dem Unternehmen völlig Fernstehenden fort und fort Erträgnisse zuführen, so ist dies zweifellos Wucher. Ob die Erträgnisse nun aus dem reinen Arbeitsertrag der Leiter, Angestellten und Arbeiter, dem für das Erzeugnis erzielten Preis, welcher ungerechtfertigt hoch sein kann, dem hohen Ertrag einer Erfindung oder der Ausbeutung eines Bergwerkes geschöpft werden, bleibt sich gleich. Die Festsetzung der Höhe des Wagnisentgelts muß dem Beteiligten im einzelnen Falle überlassen bleiben. Regierungskommissäre für die nächste Zeit, Handelskammern oder Innungsvorstände später mögen über die gerechtfertigte Höhe des Wagnisentgelts im Streitfalle entscheiden.

Es ergibt sich nun die Frage: Wem fällt nach Ausscheiden der Nur-Geldgeber das Unternehmen endgültig zu? Irrtümlich ist die Auffassung, daß es nun der Arbeitsgemeinschaft gehört. Die Arbeitsgemeinschaft hat nicht die Darlehenssumme zurückgezahlt, sondern die Volksgesamtheit im Preis für das Arbeitserzeugnis. Andernfalls hätten alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft von ihrem Lohn sparen und damit die Darlehnsschuld abtragen müssen. Es würde sich dann der Sachverhalt ergeben, daß sämtliche Mitarbeiter an dem Unternehmen beteiligt sind. Daraus entsteht die weitere Frage, ob jedes Mitglied gewillt ist, seine Ersparnisse — und darum handelt es sich doch nur — auf Gedeih und Verderb dem Unternehmen zur Verfügung zu stellen, also auch einen möglichen völligen Verlust in Kauf zu nehmen. Jeder Beteiligte würde damit zum Unternehmer, müßte also auch das Wagnis teilen. Da selbst der tüchtigste Betriebsrat nicht in der Lage sein wird, jedes Unternehmen vor ernsthaften Verlusten, möglicherweise völligem Zusammenbruch zu schützen, so wird es sicherlich der Wunsch des größten Teiles der Arbeitnehmer sein, ihre Ersparnisse lieber auf eine Sparkasse oder nunmehr die Staatsbank zu tragen.

Wollte außerdem jeder zum Teilhaber gewordene Arbeitnehmer eine hohe Dividende beanspruchen, so entstände wieder der gleiche Geldwucher, wie er als von seiten des Aktionärs aus betrieben gerügt worden ist. Das fraglos berechtigte dauernde Entgelt für das dauernde Wagnis, Unternehmergewinn, wird den Angestellten und Arbeiter wegen der auf ihn entfallenden geringen Summe kaum befriedigen und kaum Anreiz geben, den völligen Verlust, dem der Unternehmer stets ausgesetzt ist, in Kauf zu nehmen.

Bei einer Beteiligung der Angestellten und Arbeiter würden sich auch oft Schwierigkeiten anläßlich eines Stellungswechsels ergeben, denn die Beteiligung müßte abgelöst werden und somit für das Unternehmen ungünstige Schwankungen in der Menge der Betriebsmittel eintreten, falls nicht sofort gleichkapitalskräftige Arbeitnehmer an die Stelle der ausscheidenden treten. Ein Stellungswechsel wird aber oft erwünscht sein, um eine anderswo freigewordene höher besoldete Stelle einzunehmen. Ein Betrieb müßte sehr groß sein, wenn die Ausfälle durch Tod, Alter oder anderes genügen sollten, um einer möglicherweise großen Zahl Tüchtiger Raum zu geben. Dies kann nur durch einen Ausgleich innerhalb der gesamten Volksgemeinschaft möglich gemacht werden.

Bleiben nach dem Gesagten Angestellte und Arbeiter als an der Übernahme des Eigentum- und Besitzrechtes Interessierte ausgeschaltet, so kommen nur noch der Betriebsrat bzw. die Leiter als solche in Frage. Und in der Tat entsteht ihr Besitzrecht ganz selbständig dadurch, daß sie mit dem Augenblick der Abfindung der außenstehenden Geldgeber die alleinigen Träger des Wagnisses sind, eben im wahren Sinne des Wortes die Unternehmer. Außerdem wurde das Besitzrecht schon insofern allmählich erworben, daß nur durch die Leitung das Unternehmen seine Schuld abtrug. Wir kommen hier im Gegensatz zu der heutigen Auffassung zu einer Höherbewertung der geistigen Beteiligung gegenüber der geldlichen. Unsere Schlußfolgerung findet weiter ihre sittliche Unterstützung darin, daß ein Recht nur durch Erfüllung einer Pflicht begründet sein kann. Die Pflicht des Unternehmers aber besteht darin, der Volksgesamtheit durch Belieferung mit den Erzeugnissen seines Unternehmens zu dienen. Inwieweit es sich dabei heutzutage um nützliche bzw. schädliche Dienste handelt, sei hier dahingestellt. Voraussetzung für einen derartigen Übergang der Besitzverhältnisse ist natürlich die Umgestaltung unseres Aktienrechtes, nach dem es den Aktionären noch im letzten Augenblick möglich wäre, den Leiter, der das Unternehmen zur Blüte gebracht hat, zu beseitigen und einen Günstling statt seiner zum endgültigen Besitzer zu machen.

Auf diese Weise wäre also die Möglichkeit gegeben, ein jedes Geldgemeinschaftsunternehmen in ein reines Privatunternehmen umzuwandeln. Einen Vorteil für den Staat bedeutet dies auch insofern, als eine Schicht von selbständigen, wohlhabenden Volksmitgliedern geschaffen wird, die durch persönliche Leistung ihre Stellung errungen haben. Nicht durch ein unzulängliches Rätewahlsystem, sondern durch natürliche Auswahl wird so ein wirtschaftlicher Aufbau erzielt werden, an dessen Spitze sich schließlich der Tüchtigste zeigt.

Ein übermäßiges Einkommen des freien Unternehmers verhindert letzten Endes der natürliche Wettbewerb. Gegenseitiges Unterbieten im Preis und Überbieten in der Leistung sorgt für eine der Leistung entsprechende Gestaltung des Unternehmergewinnes. Nichts Unsozialeres, d. h. gegen das Gemeinwohl Verstoßendes, gibt es daher als die Zwangswirtschaft, mit deren Hilfe ganz beliebige Preise festgesetzt werden können. Beispiele dafür, daß sie oft die dreifache Höhe des Einkaufspreises erreichten, gibt es genug. Das ist Wucher in vollendetster Form.

Es sei hier daher besonders darauf hingewiesen, daß sich durch Angebot und Nachfrage noch lange nicht ein berechtigter Preis bildet. Das Angebot muß unbeeinflußt von übermäßiger Selbstsucht erfolgen. Durch Wettbewerber wird sie natürlich eingedämmt. Zusammenschluß dagegen in Truste, Kriegsgesellschaften, Reichswirtschaftsstellen (G. m. b. H.), führen zu schamlosem Wucher. Es ergibt sich, daß auch für Aktien- und ähnliche Darlehnsträger eine Tilgungsfrist zu verlangen ist. Wie weit diesem Gedanken rückwirkende Kraft zu geben ist, mögen die kommenden Machthaber entscheiden.

An und für sich wird das Gewähren von ungesicherten Darlehen durch die Verstaatlichung des gesicherten Darlehns, d. i. Pfandleihgeschäft im weitesten Sinne, außerordentlich belebt. Jedermann, der nicht gewillt ist, sein Vermögen zu verbrauchen, oder selbst mit ihm als Betriebsmittel zu arbeiten, wird gezwungen sein, sein Geld in neuen Unternehmungen anzulegen. Es wird also ein Überangebot an Betriebsmitteln eintreten, das schließlich dem Unternehmungslustigen, der selbst über keine Betriebsmittel verfügt, die günstigste Stellung gegenüber dem Geldgeber sichern wird. Es sei hier nur auf das derzeitige Erfinderelend hingewiesen, um die Zukunftsmöglichkeiten anzudeuten. Das starke Geldangebot wird auch günstig auf die Festsetzung des Wagnisentgelts einwirken.

Klein-Aktie oder Groß-Aktie, jeder National-Sozialist, Deutsch-Sozialist, und Deutschvölkische hat sie gleich abzulehnen!

Aus der Zeit

Kronstadts Fall

Die jüdisch-kommunistische Presse schwelgt im Siegesjubel. Als ob mit der Einnahme Kronstadts Sowjetrußland gerettet wäre. Wie im „Völkischen Beobachter" Nr. 22 vom 15. März steht, nicht der augenblickliche Aufstand, sondern der Grund zum Aufstand ist der Anfang vom Ende des Judenzaren, und das wird trotz Kronstadts Fall aufrecht erhalten.

Außerdem: von der Garde Braunstein-Trotzki, dem Kronstädter Matrosengesindel hat sich kein Russe Rußlands Errettung versprochen. Sie als die verführten Schäfchen hinzustellen, wie die „Rote Fahne" es tut, ist mehr wie kindlich. Frühere russische Offiziere, deren Teilnahme behauptet war, werden im eigensten Interesse kaum mit dem Matrosengesindel paktieren, das im Oktober 1917 ihre Offiziere in die Kesselheizungen warf oder mit Dampf verbrühte! Der eine sogenannte General, der Befehlshaber Kronstadts war, trat im Oktober 1917 als Oberleutnant in den Dienst der Bolschewiki, ein dunkler Ehrenmann!

Gerade durch den Mangel an geeigneten Führern ist der Kronstadter Aufstand zusammengebrochen. Auch dauerte die Episode von Kronstadt zulange. Revolutionen sind Augenblickskinder, ihr Erfolg wird in den ersten Stunden entschieden. Auch sitzt im Moskauer Kreml kein Prinz Max von Baden, der dem Umsturz Vorschub leistet.

Was aber hat die Sowjetmacht für Erfolge gegen die aufständischen Bauern in Sibirien, der Ukraina und an der Wolga. Davon schweigt Israels Blätterwald! Warum?

Abrüstung

London, 22. März. Das Unterhaus hat mit 168 gegen 75 Stimmen einen Antrag auf Verminderung des Militärbudgets verworfen und das Armeebudget angenommen. — In Deutschland arbeitet die gesamte Linke, die diesmal bis zu Simons und dem öligen Herrn Hamm reicht, auf die Zertrümmerung des Selbstschutzes hin.

Die Folgen von London

C. Berlin, 21. März. So ein demokratischer Pazifistenpolitiker hat es gut. Auf logischem Wege spintisiert er sich zu Hause bei einem Glas Limonade die äußersten Möglichkeiten einer politischen Entwicklung aus, um dann die Ergebnisse seines scharfsinnigen Denkens als rein theoretisch beruhigt wieder in die Schublade zu legen. Der linksdemokratische Professor Jude Schücking-Marburg (heute schon als Mitglied des Haager Schiedsgerichtes gewählt!) schreibt z. B. im „Berliner Tageblatt": „Einer der wichtigsten Sätze des Völkerrechtes im Gegensatz zum Privatrecht ist der, daß, wenn ein völkerrechtlicher Vertrag auch nur in einem Punkte von einer Seite verletzt ist, der Vertragsgegner sofort den ganzen Vertrag aufsagen kann. Juristisch gesehen, können wir uns also mit einer diplomatischen Note von dem ganzen Inhalt des Versailler Vertrages lossagen. Ob das im gegenwärtigen Moment politisch zweckmäßig ist, ist natürlich eine praktische Frage, die von Regierung und Reichstag ernstlich geprüft werden muß. Selbst wenn man in diesem Problem zu einer verneinenden Stellung kommen sollte, würde weiter sehr zu erwägen sein, ob man nicht wenigstens einstweilen die weiteren Leistungen aus dem Friedensvertrag einzustellen hätte. Die nächste Maßregel würde dann die sein, daß man sämtlichen Vertretern der ausländischen Missionen und Kommissionen, soweit ihre Staaten an dem Pariser Diktat und den Sanktionen beteiligt sind, ihre Pässe zuschickte."

Was man von uns verlangt

Dem deutschen Gast in London, der schleunigst die Herberge verlassen hat, weil er sonst hinausgeworfen worden wäre, ist nach Berlin die Rechnung nachgeschickt worden. Er hat sie höflich in Empfang genommen:

Es verlangt Frankreich 218 542 Mill. Franken.

England 2 006 000 kanadische Dollar und 1 706 800 000 Pfund und 7593 Mill. Franken.

Italien 33 087 Mill. Lire und 128 490 Mill. Pfund und 37 926 Mill. Franken.

Japan 822 800 Mill. Yen.
Belgien 36 630 Mill. Franken.
Bolivia 200 000 Bolivare.
Brasilien 2015 Mill. Pfund und 598 000 Franken.
Kuba 801 000 Dollars.
Griechenland 5 070 239 000 Goldfranken (!!)
Haiti 612 000 Franken.
Liberia 3 977 000 Dollar.
Peru 56 000 Pfund, 107 000 Franken.

Polen 9 818 831 000 Franken und 4 385 043 000 Goldrubel und 500 000 000 deutsche Mark.

Portugal 1 944 261 000 Contos.
Rumänien 31 099 401 000 Franken.
Südslawien 8 496 091 000 Dinare und 19 972 500 000 Frck.
Siam 5 119 515 Tie.
Tschechoslowakei 7 612 400 000 Franken.

Man sieht, daß der haitianische Neger, dessen verhältnismäßig freundliche Gesinnung wir unlängst berichteten, der weitaus bescheidenste Gläubiger ist.

Die kundigen Revolutionäre

(Aus einem Brief eines deutsch-amerikanischen Freundes.)

Im letzten Jahre 1920 wurden 28 Höllenmaschinen in Neuyork an „Kapitalisten" geschickt. Keiner dieser „Kapitalisten" war ein Jude! Dabei ist zu bedenken, daß vier Fünftel der sogenannten Kapitalisten in den Vereinigten Staaten Juden sind. Daß unter den Bombenempfängern kein einziger Jude war, ist auffallend. Ebenso merkwürdig ist es, daß bei dem Bombenattentat in Wallstreet letzten Sommer von den achtunddreißig Getöteten kein einziger Jude war. Dabei sind von den 5¾ Millionen Einwohnern von Neuyork 23,36 % Juden, also fast jeder vierte Mensch ist ein Jude in Größer-Neuyork. Aber noch merkwürdiger ist es, daß diese Bombe gerade vor die Geschäftsräume der einzigen großen internationalen, nichtjüdischen Bank J. P. Morgan gelegt wurde.

Der russische Bauer unter der Judenknute

Die „Bednota" (Armut) bringt folgenden Notruf einer gequälten Seele: „Die Sowjetregierung rühmt sich, daß sie uns Bauern 35 000 000 Deßjatinen Land gegeben hat. Was nützt uns dieses Land, wenn alles, was dieses Land hervorbringt, uns fortgenommen wird? Man gab uns Land und setzte uns als Sklaven darauf. Da war die Leibeigenschaft noch viel besser, wie unsere Großväter behaupten. Damals herrschte mehr Freiheit, jetzt aber leben wir in der größten Sklaverei. Im Herbst müssen wir das Korn zu den Sammelpunkten bringen, und im Frühjahr das letzte Stück Vieh verkaufen, um einen Pud Mehl zu bekommen." Der Artikel schließt: „Wir wissen, daß unsere Stimme nicht gehört wird, helfen können wir uns nur selbst, und wir können uns helfen."

Jüdischer Feldzug gegen Henry Ford

Von deutsch-amerikanischer Seite erhalten wir nachstehende Mitteilungen:

Henry Ford hat es bei seinem Feldzug gegen das Judentum vor allem auf die Aufklärung der deutsch-amerikanischen Schichten abgesehen. Er hat eine deutsch-amerikanische Wanderredner-Abteilung eingerichtet.

Die Hearstschen Zeitungen, die in Deutschland irrtümlich im Geruch der Deutschfreundlichkeit oder wenigstens der Objektivität stehen, tatsächlich aber den Kern der vollständig verjudeten Presse darstellen, lassen ganze Serien von Artikeln erscheinen, die sich gegen Ford richten. Der auch in München aus der Zeit vor dem Krieg aus dem „Münchener Merkur" her bekannte politische Literat Eduard Goldbeck leitet die bisher anständig deutschgesinnte „Illinois-Staatszeitung" in Chicago jetzt in das jüdische Fahrwasser hinüber; ihr bisher trefflicher Redakteur Dr. Arthur Lorenz ist entfernt worden. — Ein besonders drastischer Beweis der gegen Ford geführten Hetze liegt uns in einer Sondernummer der „Wisconsin News" vor. Wir werden darauf zurückkommen.

Japan und die neue Entente

Immer wieder haben wir, ohne uns zu sehr in eine sog. Conjekturalpolitik einlassen zu wollen, auf eine sich andeutende neue Mächtegruppierung hingewiesen. Wir betonten, daß diese neue Konstellation nur das „Problem" Japan bzw. den fernen Osten in sich begreifen könne. Die „Chicago Tribune" bringt nun Nachrichten, in reichlich sensationeller Aufmachung, die von der Vorbereitung eines französisch-amerikanischen gegen Japan gerichteten Bündnisses sprechen. Der „Petit Parisien", dessen besondere Beziehungen zur französischen Regierung bekannt sind, wendet sich zwar dagegen, aber in Ausführungen, die durchaus nicht hinreichend klar sind. Die „M. A. A.", die, wie fast alle Erzeugnisse der Ruhe- und Ordnungspresse, außenpolitisch von rührender Harmlosigkeit ist, äußert sich dazu: „Die Meldung erscheint auch um deswillen recht unwahrscheinlich, als sich ein solch französisch-amerikanisches Bündnis kaum mit den bisherigen regen Beziehungen Frankreichs zu England vertragen würde." Das erinnert uns an eine andere außenpolitische Harmlosigkeit, an einen Leitartikel „Die Politik der Woche", von Max Maurenbrecher in der „Deutschen Zeitung"; dort stand — einen Tag vor dem Abschluß des Pariser Februardiktats —: „**Vom Ergebnis dieser Beratungen kann an dieser Stelle noch nicht die Rede sein.** Aber der allgemeine Gehalt liegt heute schon offen zutage: das ist der augenblickliche Gegensatz zwischen England und Frankreich"!!

Der Stand der Judenfrage in den verschiedenen Ländern.

(Von unserem nach Wien entsandten Sonderberichterstatter.)

Wien, 12. März 21. Zu Beginn der zwischenstaatlichen (genauer gesagt: mitteleuropäischen) Antisemitentagung nahmen die Vertreter der verschiedenen Länder das Wort, um über den Stand der Bewegung Aufschluß zu geben.

Universitätsprofessor Dr. Amosko (Budapest) führte aus:

„Was wir heute zu leisten haben, ist ein Krieg auf Leben und Tod. Seit zweitausend Jahren führt das Judentum seinen Krieg gegen alle materiellen und kulturellen Güter der übrigen Menschheit. Sie, die Juden, benehmen sich genau wie ihre Vorfahren in der arabischen Wüste. Ihre Eigenschaften sind Nomadeneigenschaften. Leider hat Ungarn in der Judenfrage eine tragische Rolle gespielt. Auf der Nordseite des Karpathengebirges beginnt ein Land, das eine ungeheure Menge von Juden enthält: bekanntlich ist Polen und Rußland der Sitz der Ostjuden. Die Judengefahr war wegen der Nähe dieser Länder für Ungarn immer besonders groß. Im Jahre 1720 gab es in Ungarn höchstens 15 800 Juden. Zur Zeit Joseph des Zweiten stieg ihre Anzahl bis auf 70 000, weil zur Zeit Maria Theresias Galizien zur österreichischen Monarchie gekommen war. Im Jahre 1840 gab es in Ungarn bereits 50 000, um Ende des Jahrhunderts sogar 900 000 Juden. Diese große Anzahl bedingte es auch, daß die Juden in Ungarn ein Intelligenzproletariat stellten, das danach trachtete, die „Gojim" aus den öffentlichen Ämtern zu drängen. Ein Hauptzweck der Revolution vom Jahre 1918 war es darum, das ganze Land in den Besitz der Juden zu bringen. Aber es erstand auch die judenfeindliche Gegenwirkung. Wohl noch nie hat man auf der Kärnthnerstraße in Wien soviel magyarisch sprechen gehört, wie gerade jetzt. Dieser Konventikel von jüdischen, sog. ungarischen Emigranten zeigt uns, daß ein gewisser Sieg errungen ist. Leider hat mich Wien ziemlich enttäuscht. Was ist um Gotteswillen aus dem christlichen Wien geworden! Ich war als Student der Wiener Universität Augenzeuge des heroischen Kampfes, den die Wiener unter Lueger führten, um sich von der Sklaverei des Judentums zu befreien. Wohin Sie geraten sind, dessen sind Sie vielleicht selbst nicht ganz bewußt. Wenn Sie eine Änderung erreichen wollen, müssen Sie sich zunächst organisieren, auf jeden Parteihader verzichten und einen festen antisemitischen Bund schaffen."

Hiltl (Innsbruck) bezeichnete es als betrübend, daß im Lande Andreas Hofers die Judenfrage überhaupt angeschnitten werden mußte. Leider sind aus den rund 20 jüdischen Familien, die vor einigen Jahrzehnten in Innsbruck ansässig waren, deren viele hundert geworden, die das Land überschwemmen und brandschatzen. Wir verlangen in erster Linie, daß die Juden als Nation erklärt, die Hochschulen und Schulen überhaupt von der Judenplage befreit werden, daß Juden nicht Grund und Boden erwerben dürfen, und daß Enteignungen unverzüglich vorgenommen werden. Auch fordern wir, daß den Juden das meist erschwindelte Heimatrecht entzogen werde. Die Landesregierung hat diese Entschließung der Bundesregierung überreicht und wir hoffen, daß unsere Vertreter im Nationalrate darauf dringen, daß sie nicht in den Papierkorb wandere. (Ein frommer Wunsch! Die Schriftltg.) Der Tiroler Antisemitenbund arbeitet mit voller Kraft gegen die Juden-

[illegible] und dieser Kampf gilt nicht nur den Juden, sondern auch dem jüdischen Geiste unter den Ariern. (Starker Beifall.)

Zorowski (Graz) stellte eine Zunahme des Antisemitismus in der grünen Mark fest, der besonders an Radikalismus beträchtlich gewinne.

Ing. Dr. Hans von Sylvester (Budapest) wies darauf hin, daß auch in den Ententeländern, besonders in England und Amerika, der Antisemitismus Fuß fasse. Bezüglich der Meldungen über Pogrome in Budapest sagte der Redner: Wenn in Budapest bei Nacht einmal eine Ohrfeige klatscht, so gibt es am nächsten Tag schon in Wien sechs Tote und mehrere Verwundete. In London aber ist es bereits ein Pogrom, der in Budapest stattgefunden habe.

Schriftleiter Anton Komma (Karlsbad) überbrachte die Grüße der Haupt- und Kreisleitung des Deutscharischen Preßvereins in der Tschechoslowakei, der sich zur Hauptaufgabe gestellt hat, den Kampf gegen das Judentum aufzunehmen, und naturgemäß in erster Linie diejenige Partei trifft, die erfunden wurde, um nahezu 50 Prozent der deutschen Volksgenossen in fluchwürdige Fesseln zu schlagen, die Sozialdemokratie oder richtiger ihre jüdische Führung. Redner teilte mit, daß der deutscharische Arbeiter und Bauer in der Tschechoslowakei in gemeinsamem Kampfe wirke.

Schriftleiter Esser (München) überbrachte die Grüße der radikal-judenfeindlichen reichsdeutschen Nationalsozialisten. Redner erklärte, daß die Leitung der nationalsozialistischen Bewegung, die in München heute zu ansehnlicher Größe angewachsen sei, als eine wesentliche Vorstufe zur Lösung der Judenfrage in Deutschland, den Anschluß Deutschösterreichs und aller deutschsprechenden Gebiete ansieht. (Stürm. Beifall.) Die Schmach, die das deutsche Volk heute zu erdulden hat, sei das Werk des internationalen Börsenjudentums, das die Vernichtung jeder Nation anstrebt, die dem im Judentum verkörperten Weltkapitalismus gefährlich zu werden droht. Wenn man immer wieder von einer Schuld Deutschlands am Kriege spricht, so erklären wir: Schuld sind wir alle nur insofern, als wir blind und gleichgültig waren und die Gefahren des uns umgebenden Judentums nicht rechtzeitig erkannten. Die im Reiche vornehmlich im Nationalsozialismus verkörperte antisemitische Bewegung sei entschlossen, radikal vorzugehen. Vergeblich machen bürgerlich nationale Parteien immer noch den Versuch, dadurch, daß sie ein antisemitisches Aushängeschild umhängen, ihre Anhänger vom Anschluß an die radikal judenfeindliche Bewegung abzuhalten. Erfreulich sei die Tatsache, daß in weiten Kreisen der bisher jüdisch-international geleiteten Arbeiterschaft sich eine gewaltige Ernüchterung bemerkbar macht. In 56 Versammlungen mit insgesamt über 100 000 Besuchern haben nationalsozialistische Redner in München allein aufklärend über die Gefahr einer jüdischen Weltherrschaft gesprochen. (Stürm. Beifall.)

„Deutsche" Freimaurerei

Von Alfred Rosenberg.

II.

Jede Idee bringt bei ihrer praktischen Durchführung ihre notwendigen Resultate mit sich. Wurde die „Gleichheit aller Menschen" auf die Fahne geschrieben, so konnte keine Ausnahme zugelassen werden, wollte man dies grundlegende Prinzip des Freimaurertums nicht aufgeben. Und so war denn auch dem Juden eine Bresche geschlagen, durch die sich sein Einbruch in die Kultur Europas vollzog.

Es entbehrt nicht der Tragik, zu sehen, wie das Einbringen des Juden in die Freimaurerei Deutschlands vor sich ging. Die ersten Logen wurden unter französischem Schutze in Frankfurt a. M. gegründet, bekannt besonders ist die noch heute bestehende Loge „Zur aufgehenden Morgenröte", der die Juden Börne (der vom Todestage Goethes die „deutsche" Freiheit datierte), Auerbach, Gabriel Riesser unseligen Angedenkens angehörten.

Deutsche Schwärmer und Schwätzer fanden sich genug, die überall im Reiche eifrig für das „arme verfolgte Volk" eintraten und das „christliche Prinzip", als dem Maurertum widersprechend (was es auch ist) hinstellten. Ein sehr bekannter deutscher Freimaurer, Dr. Klaß, hielt sogar große Vorträge über die „Unstatthaftigkeit", ein positives Christentum in der Maurerei zu betreiben, es könnte als konfessionelle Streitigkeit aufgefaßt werden, Br. Albanus sah in den Hebräern „liebe Brüder", „gute Söhne Gottes", die „voller Ehrfurcht vor Jesus" seien usw. Die Juden selbst wurden nicht müde, für ihre Zwecke alles in Bewegung zu setzen. Br. Abraham Ellisen lief Sturm gegen den „finsteren Geist" des preußischen Maurertums, der sich „unserer erhabenen Mutterloge, dem Großorient von Frankreich", nicht unbedingt unterwerfen wollte, Br. G. Salomon (der noch heute sehr gelobt wird), schrieb 1845, eine „christliche Freimaurerei" wäre der „schreiendste Widerspruch", Br. Goldenberg sah geradezu die Bekämpfung des Antisemitismus als die „vornehmste Aufgabe der Freimaurerei" an. Der deutsche Br. M. G. Conrad ging so weit, Notzucht, Elternschändung, Totschlag als etwas weniger Schlimmes als den Antisemitismus hinzustellen.

Aus diesen Stimmen ist schon ersichtlich, daß trotz der Anerkennung der Phrase von der Gleichheit aller Menschen vielfach ein gesundes Nationalgefühl sich gegen die mosaischen „Brüder" bemerkbar machte. Tatsächlich traten einige deutsche Maurer auf, wiesen auf die Unsittlichkeiten des Talmuds hin, betonten die Notwendigkeit einer christlichen Orientierung. Auf verschiedenen Maurerkongressen wurde die Judenfrage behandelt, die Großlogen von Paris, London, Neuyork, in denen Israel schon gut eingenistet war, traten unentwegt für das „auserwählte Volk" ein, bis schließlich die Judengegner Schritt für Schritt wichen. Um 1850 gaben auch die preußischen Logen nach. Und als 1899 in der Großloge Royal York zu Berlin noch einmal der Versuch gemacht wurde, das „christliche Prinzip" wieder einzuführen, wurde dieser Vorschlag mit 67 gegen 2 Stimmen abgewiesen. Das Maurertum siegte, das Deutschtum unterlag.

Br. Findel, der bekannte Verfasser einer Geschichte der Freimaurerei, sprach 1861 in vollster Freimaurererhabenheit von der „sogenannten Judenfrage", sah alle antijüdisch angehauchten Männer als „Aftermaurer" an und predigte unentwegt Gleichberechtigung. Br. Findel war aber ein ehrlicher Mann. 40 Jahre hatte es bedurft, um ihn an seiner Maurernaseweisheit irre zu machen. Schließlich bekehrten ihn seine schlimmen Erfahrungen, sein Studium des Judentums aber doch. Und 1901 sprach er: „Es handelt sich weniger um einen Kampf für das Humanitätsprinzip, als vielmehr um einen Kampf für die Interessen und die Machtstellung des Judentums." Damit hat der Schwarmkopf einmal den Nagel auf den Kopf getroffen, besonders wenn er hinzufügt, daß „das Judentum, wenn auch versteckt und schlau verdeckt, bereits die herrschende Macht in manchen Großlogen Europas" geworden sei.

Aber diese verspätete Einsicht (die sich außerdem doch nicht zur Forderung des nationalen Ausschlusses aufschwang) half nicht mehr. Im selben Jahr erschien die Freimaurerbibel für Deutschland in neuer Auflage, das „Allgemeine Handbuch der Freimaurerei", wo ausdrücklich bedauert wird, daß der böse Antisemitismus den „Vernichtungsprozeß zwischen Christen und Juden verlangsamt" habe (I, 516) und wo die Verfasser energisch feststellen: „Es ist allgemein anerkannt, daß ein Antisemit nicht Freimaurer sein kann" (I, 41). Man beachte die Fassung dieses unglaublichen Spruches. Alle Anschauungen dürfen im Freimaurertum Geltung haben: Türken, Nigger, Chinesen, Mulatten sind „Brüder", nur nicht der Antisemit!! Dieser bildet eine derart verabscheuungswürdige Menschenklasse, daß sogar der allmenschliche Freimaurerbund sich vor dieser „Kulturschande" freizuhalten hat. Daß damit aber alle Großen aller Völker in diese Menschengruppe rücken, schert unsere Judensturmböcke wenig.

Die Judenfrage in der Vergangenheit des „deutschen" Maurertums ist eines der traurigsten Kapitel der Ausartungen deutscher Würdelosigkeit. Man irrt sich aber sehr, wenn man glaubt, es sei wenigstens in der Zeit der heutigen deutschen Not ein wirklich nationaler Funke in der deutschen Freimaurerei lebendig geworden. Im Gegenteil, jämmerlicher ist es geworden, denn zur prinzipiellen Undeutschheit hat sich ein ganz übles verschwommenes „deutsches" Pathos gesellt, das über die antigermanischen Grundsätze der heutigen Freimaurerei hinwegtäuschen möchte. Hierüber nächstens.

Ein neuer Rattenkönig

C. Berlin, 20. März. Eine der übelsten Revolutionsfiguren ist Prinz Leopold von Preußen, genannt der rote Prinz, weil er in seinem Schloß Glienicke bei Potsdam während der Revolutionstage die rote Fahne aufziehen ließ. Er ist hochgradiger Freimaurer, lebt seit Jahresfrist mit unerhört verschwenderischem Aufwand in Lugano und ist bisher vom preußischen Finanzministerium mit Glacéhandschuhen angefaßt worden. Im vergangenen Sommer nun knüpfte der ewig geldbedürftige Prinz mit Finanzleuten vertrauliche Verhandlungen an, die eine „Finanzierung" seiner Besitzungen unter Beteiligung einer holländischen und einer Schweizer Gesellschaft in der Form versprachen, daß ihm, dem roten Prinzen, reiche Erträgnisse daraus in neutralen Valuten über das neutrale Ausland zufließen sollten. Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen des prinzlichen Revolutionärs, das jener Finanzierungsgesellschaft überlassen werden sollte, wird auf 200—300 Millionen geschätzt. Schließlich fand aber der rote Prinz im letzten Augenblick noch ein Haar in der Suppe und brach die Verhandlungen kurzerhand ab. Dieser plötzliche Abbruch scheint wie ein Schreckschuß auf eine Unmasse nahrungsbedürftiger Ratten gewirkt zu haben, die nun aus ihren Löchern hervorkamen. Es stellte, wenn man dem „Berliner Tageblatt" glauben darf, sich heraus, daß hervorragende Beamte des preußischen Finanzministeriums, darunter Ministerialdirektor Bachem, um die beabsichtigte Gründung einer privaten Kapitalgesellschaft zur Verwaltung des prinzlichen Vermögens gewußt hatten. In einer amtlichen Pressekonferenz (!) brachte sogar ein Vertreter des preußischen Finanzministeriums ausdrücklich zur Sprache, daß jene merkwürdige Gesellschaft zur Verwaltung des gesamten rotprinzlichen Vermögens von der Deutschen Bank finanziert und an ihre Spitze u. a. Forstrat Escherich treten sollte!! Bezüglich des Herrn Escherich ist jedenfalls eine rasche Aufklärung dringend erwünscht, zumal die „Enthüllungen" auch schon von der Auslandspresse übernommen sind. Wir verstehen es nicht, warum die bayerische bürgerliche Presse hier auf sich warten läßt. Handelt es sich um jüdische Anschwärzung, so muß sie rasch beseitigt werden. Dem Prinzen Leopold aber war seinerzeit, als er von dem ganzen Geschäft nichts mehr wissen wollte, aber von dem gleichen Finanzministerium ein „Ultimatum" zugestellt worden, daß, wenn er nicht die verlangte Generalvollmacht zur „Sanierungsaktion" seines Vermögens durch die besagte Privatgesellschaft alsbald unterschreibe, er behördlich unter Pflegschaft gestellt werden würde. Tatsächlich hat das preußische Finanzministerium nach einem vergeblichen Versuch, eine „Entmündigung des Prinzen wegen Geistesschwäche", auf Grund eines im Jahre 1917 im Auftrag des verflossenen Kaisers Wilhelm II. (!) erstellten, aber damals abgewiesenen Entmündigungsantrages herbeizuführen, die prinzlichen Güter unter staatliche Verwaltung gestellt. Eine weitere finanzministerielle Äußerung läßt den Schluß auch zu, daß hinter der ganzen Schiebung der Vertraute des Prinzen, ein Baron Maltzahn, gestanden sei. Der „Vorwärts", der seinen Parteigenossen, den preußischen Finanzminister Lüdemann, in Schutz zu nehmen strebt, behauptet, daß hinter der ganzen Sache „Interessenten aus Holzhändlerkreisen" gesteckt hätten. Wie gesagt: ein Rattenkönig!

Brief aus der Tschechoslowakei

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Prag, 17. März 1921.

In Reichenberg wurde am Sonntag, den 13. März, die „Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, deutsche Abteilung (Sektion der dritten Internationale)", aus dem Mutterleibe der Sozialdemokratie herausgeschnitten. Herr Karl Kreibich gab den Operateur ab, assistiert wurde ihm dabei von dem neugebackenen Präsidenten der V.K.P.D., Walter Stöcker, dem Vertreter der österreichischen K.P. Gruber, dem tschechischen Linkssozialisten Skalak, dem Vertreter der „Kompromißlosen Legionäre", Dr. Pollak und Herrn Brunner von der Poale Zion. Letztere sendet ihre Vertreter überall hin, zu den Tagungen der $2^1/_2$. Internationale, wie zu den Tagungen der 3. Internationale. Die Bedeutung dieser Tagung, auf die die blutigen Krompacher Vorfälle ihre Schatten vorauswarfen, faßt der Reichenberger „Vorwärts", das Blatt der Kommunisten, das sich noch immer sozialdemokratisches Tageblatt nennt, in folgende Worte zusammen: „Eine Kriegserklärung ist die Gründung der kommunistischen Partei, die Kriegserklärung einer Vorkämpfertruppe der Weltrevolution an die internationale Gegenrevolution. Ein Kampfesruf des Kriegers, der weiß, daß es nur eine Wahl gibt zwischen schmachvollem Untergehen oder Sieg, und der an den Sieg glaubt."

Den letzten Sturm erlebte das Prager Rudolfinum anläßlich des Berichtes des Untersuchungsausschusses über die Vorfälle von Krompach. Während die tschechischen Sozialdemokraten

Münchener Konzerte.

Der Brahms-Abend des Pianisten Professor Karl Roesger fiel nicht aus dem Rahmen der Durchschnittsleistung klavierspielender Akademiker. Auch vortraglich stelle ich mir Brahms anders vor, denn als Kontrastjäger, der zwischen gefühlter Melodik und ausdruckslosem Brio schwankt! Man rühmt diesem traurigen Junggesellen sogar Geist nach ...

Ein Konzert für zwei Klaviere ist für mich immer Höhepunkt ästhetischer Unlust. Schon die wenige Literatur für dieses Unding von Zusammenspiel muß bei jedem Programmplan auffallende Schwierigkeiten machen. Aber nein ... und wenn's nur die Suite Arenskys ist oder das Rheinbergerduo: Beide nächst Mozart (Sonate D-Dur) und Bach (zwei Fugen aus „Kunst der Fuge") neulich von Th. Huber-Anderach und E. Schmidbauer gespielt, und mit Elan und Krach gespielt. Das Publikum zeigte sich besonders von des Altrussen Virtuosenbazillus infiziert. Herrn Hubers gutes Klavierspiel soll aber nicht verkannt sein; es machte den Abend erträglich.

Der von der Ortsgruppe München im H.D.V. veranstaltete deutschnationale Kunstabend im Steinicke-Saal, für den Dr. Johannes Hobohm gewonnen war, hätte regsten Besuch verdient. Dr. Hobohm ist eine künstlerische Persönlichkeit von selten sympathischer Erscheinung und Art. Für ihn ist Musik Ausdruck; zur Erreichung dieses höchsten künstlerischen Zieles ist nur Wahrheit und Aufrichtigkeit der Gesinnung gut genug. Und die besitzt er in seltenem Maß. Seine solide pianistische Technik garantierte von vornherein für eine Ausführung des charaktervollen Programms (nur deutsche Meister), wie wir sie erwarteten. H. B.

Münchner Lustspielhaus

Zapfenstreich. Vor etwa zwei Jahrzehnten erregte Franz Adam Beyerlein berechtigtes Aufsehen mit seinem Roman „Jena oder Sedan" und seinem Drama „Zapfenstreich". Beyerlein war keiner von jenen Kritikern, die am deutschen Heere von damals nur das Schlechte sehen wollten, das beweisen viele der selbstbewußten, aufrechten Soldatentypen, die er geschaffen. Als wahrer Patriot aber scheute Beyerlein nicht davor zurück, wirkliche Schäden schonungslos aufzudecken. In diesem Sinne wird „Zapfenstreich" auch heute noch den Zuschauer nachdenklich stimmen darüber, ob manche Ehrbegriffe im deutschen Heere nicht etwas zu einseitig waren, und ob ein besseres Sichverstehen zwischen Mann und Offizier nicht erstrebenswert gewesen wäre.

„Zapfenstreich" wird flott gespielt. Karl Marowsky als Leutnant Lauffen, Fritz Geiger als Unterwachtmeister Helbig, Max ferner als Vizewachtmeister Queiß, Hermann Nesselträger als Wachtmeister Volkhardt sind ungekünstelte Soldaten. Klärchen Volkhardt war bestens aufgehoben bei Elisabeth Willson. Auch die übrigen Rollen sind gut besetzt.

Moische Brakeles von Robert Laurency. Uraufführung. Über das Volk Israel sich immer zu ärgern, ist eigentlich eintönig. Zur Abwechslung ist es gut, über das auserlesene Volk einmal einen Abend lang zu lachen.

Moische Brakeles ist der Typ des uns allen so sympathischen Geschäftsreisenden. Bei der Tochter Salome seines ersten Chefs Ramses Leberecht holt er sich einen Korb. Geht er zur Konkurrenz, zu Moritz Rabb. Bei dessen Tochter Euphrosine rutscht er ebenfalls aus und landet dann bei der Witwe Esther Blumenthal, wo endlich Liebe und Geschäft zusammenpassen.

Drum herum bringt Laurency eine bunte Reihe von Szenen voll Geseires und voll Gebibber.

Die Schauspieler tun ihr Möglichstes. Sie reden mit de Händ, sie stoßen beim S mit der Zunge an, sie machen O-Beine, sie markieren Plattfüße, sie jüdeln mit Hingabe, mit mehr oder weniger Erfolg: ein echter Jud muß eben als Jud geboren sein. Der jüdischste Jude ist unbedingt der Moritz Rabb des Herrn Lichtenauer. Auch der Moische Brakeles des Herrn Weydner ist gut beobachtet.

Wenn die Tendenz des Stückes nicht an sich schon antisemitisch ist, die Wirkung ist jedenfalls in diesem Sinne.

Nach dem letzten Akt zeigte sich der Autor, von lebhaftem Beifall bedankt. F. d. C.

Die Judenpest in Deutschland

Sehr kräftige Worte gegen die kulturelle Entartung hat der deutschnationale Abgeordnete Wulle unlängst im Reichstag gesprochen. Wir bringen sie nachstehend ausführlich:

Trotz der einstimmigen Entschließung der Nationalversammlung geschieht nichts gegen die unsittlichen Auswüchse bei öffentlichen Schaustellungen. In Berlin hat sich gegen die Aufführung des „Reigen" ein Sturm der Entrüstung erhoben. Man hat aber die empörten Zuschauer verhaftet und die ganze Nacht gefangen gehalten, 5 Damen, die sich in Begleitung ihrer Männer befanden, wurden sogar wie Dirnen behandelt. (Lebhaftes hört, hört!) Wir müssen uns erst von dem Franzosen Bonnefont im „Echo de Paris" zeigen lassen, wie verludert und verfault Berlin ist. Das letzte, was wir noch haben, die Sittlichkeit und Reinheit des deutschen Volkes, soll vernichtet werden. Erich Schlaikjer schreibt in der „Täglichen Rundschau", es gebe in Berlin kein anständiges Theaterstück, in das man mit seiner Frau und Familie gehen könne. Er hat recht, es war die reguläre rituelle Schächtung des schönen deutschen Weihnachtsfestes, was wir in den Berliner Theatern erlebt haben. Max Epstein stellt fest, daß jedes Berliner Theater heute „sein Bordellchen" haben muß. Mit der Revolution verschwanden alle Theaterstücke, die irgendwie noch ein bißchen an Nationalgefühl zeigten. Die Ausländer, die uns eben noch bekämpft hatten, wurden mit offenen Armen an den Berliner Bühnen aufgenommen. (Andauernde Zwischenrufe der Kommunisten. — Gegenrufe von rechts: Ruhe!) Auch sämtliche andern Schaustellungen stehen auf demselben Niveau der Schweinerei. Ist die Aufführung eines Schmarrens, wie des Stückes „Haremsnächte" im Apollotheater, nicht eine Schande, eines Stückes, in dem zwei Dutzend nackte weiße Frauen vor einem Schwarzen Kotau machen müssen! Warum hat der Minister, der diese Vorstellung besucht hat, nicht für ein Verbot dieses Stückes gesorgt? Wir wollen wieder anständig werden, damit Berlin sich nicht noch weiter den Haß aller deutschen Stämme zuzieht.

Bücherbesprechungen.

Otto Hauser: Geschichte des Judentums. Al. Duncker Verlag, Weimar. 540 Seiten. Geh. M. 40.—, geb. M. 55.—.

Beim ersten Hineinsehen in dieses Werk ist man geneigt, es als eine Schrift zu begrüßen, die eine empfindliche Lücke der Literatur über die Judenfrage auszufüllen berufen scheint. Nachdem diese durch Chamberlain in die richtige Perspektive gerückt worden war, hat es gewiß nicht an verdienstvollen Schriften gefehlt; sie behandelten aber zumeist Erscheinungen der Gegenwart, einzelne Fragen, oder waren gezwungen, das ganze Problem im zu engen Rahmen durchzuführen. Von einer Geschichte des Judentums auf über 500 Seiten kann man verlangen, daß sie in fließender Form die Auswirkung der jüdischen Idee in der Weltgeschichte gibt. Legt man Hausers Buch aus der Hand, so wird ein weniger orientierter Mensch nicht wissen, was Judentum war und ist. Es ist dem Verfasser nicht gelungen, Symptom von Nebenerscheinung zu trennen, offenbar, weil er nur bei einer Analyse stehen ge-

kritiklos die Lügen der Regierung zur Kenntnis nahmen, war der Widerstand der tschechischen Nationalsozialisten schwerer zu brechen, und sie hielten schließlich zur Stange des Betsina-Narrens), um den Staat nicht einer neuen Krise auszusetzen. Die Regierungserklärung, die von einer Aufwühlung der Bevölkerung durch fremde Agitatoren spricht und den Ereignissen einen politischen Hintergrund zu geben versuchte, war falsch. Die Herabsetzung der Mehlquote zusammen mit den unglaublichen Unterdrückungsmethoden der tschechischen Gewalthaber haben zunächst etwa 100 Frauen zu Demonstrationen vor dem Direktionsgebäude getrieben. Erst durch das brutale Vorgehen der Gendarmerie wurden die Arbeiter herbeigerufen, die dann mit eisernen Brechstangen gegen die verhaßten Beamten und Offiziere vorgingen. Krompach ist eine Arbeitergemeinde von etwa 6000 Einwohnern mit einer dünnen bürgerlichen Oberschicht, ungarische Fabriksbeamte und Vollzugsorgane der Prager Regierung. Die Arbeiterschaft setzt sich aus 80 Prozent Slowaken zusammen, den Rest bilden Deutsche, Polen und Magyaren. Diese Slowaken, die kulturell zurückgebliebensten Arbeiter unserer „höheren Schweiz" sind heute alle rebellische Kommunisten. Das ist das Ergebnis zweijähriger tschechischer Herrschaft. Nicht die Kreibich und Muna, Skalak und Neurath, sind die besten Agitatoren für den Kommunismus, das sind vielmehr die herrlichen Methoden der Regierungs- und Verwaltungskunst dieses Staates.

Unzweifelhaft marschiert der Kommunismus in der Tschechoslowakei. Bei den Deutschen und Slowaken rascher als bei den Tschechen, die von jeher stärker der „nationalistischen Ideologie" erlagen. So wurde auf Betreiben der tschechischen Kommunisten von Brünn und Kladno der Parteitag der Linkssozialisten von Ostern auf Pfingsten verlegt, um bis dorthin eine Mehrheit für die Moskauer Kapitulationen zustande zu bringen. Der gefeierte Held von gestern, Dr. Smeral, der die Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie herbeiführte, wird nun von den Kommunisten auf das heftigste bekämpft, da er auf halbem Wege stehen bleibt und sich als „Bremsklotz" à la Dr. Renner bewährt. Der Reichenberger „Vorwärts" meint auf einmal, Dr. Smeral habe es stets verstanden, aus jedem Kuchen die opportunistischen Rosinen herauszusuchen und versuche nun dasselbe Spiel auch beim revolutionären Guglhupf.

Durch die allgemeine Wirtschaftskrise erhält der Kommunismus erst das richtige Sprungbrett. Die Arbeitslosigkeit nimmt in erschreckendem Maße zu und die Ernährungslage verschlimmert sich von Monat zu Monat. Auf der anderen Seite macht aber der Preissturz vor den Grenzen der Tschechoslowakei halt. Wir haben also eine Wirtschaftskrise ohne das Regulativ der Preisminderung. Die mit vielen Kosten und großem Tamtam veranstaltete Prager Messe, die der Leipziger Messe den Boden abgraben sollte, endete mit einem eklatanten Mißerfolg. Die Käufer besichtigten zwar Prag und die Messeausstellung, fuhren aber dann nach Leipzig, um dort einzukaufen. Vom Auslande war diese Messe fast überhaupt nicht besucht. Die Tschechoslowakei ist zwar dort lieb Kind, aber man kauft ihr nicht ihre teueren und teilweise auch minderwertigen Erzeugnisse ab, Deutschland ist hinwiederum persona ingrata, aber man kauft dafür seine Waren.

Neben der proletarisch-kommunistischen Bewegung läuft aber eine andere Bewegung. Sie ist religiöser Natur. Die Tschechoslowakei erlebt heute eine neue Los-von-Rom-Propaganda. Die Austritte aus der katholischen Kirche werden nicht mehr gezählt, sondern gewogen, die tschechoslowakische Nationalkirche, das Neu-Hussitentum, erfreut sich der staatlichen Protektion. Den Katholiken werden Kirchen einfach geraubt, sie fühlen sich immer mehr in diesem demokratischen Staate für vogelfrei und schreiten zur Selbsthilfe und Selbstbewaffnung. Hussitismus und Taboritentum, die schon einmal in der Geschichte eine gemeinsame Rolle spielten, beginnen wieder Geschichte zu machen.

Wolkenkratzer?

Ein Wort zur Wohnungsnot.

In der Stadt München wollen sie Wolkenkratzer bauen, zwölfstöckige Bureauhäuser, um Wohnungen frei zu bekommen. Also Wolkenkratzer zur Linderung der Wohnungsnot.

Einsperren sollte man jeden, der den Wunsch nach einem Wolkenkratzer äußert. O du einfältiger deutscher Michel, bist du denn ganz mit Blindheit geschlagen? Bist du immer noch nicht genug gestraft mit Krieg, Hungersnot, Revolution, Zwangswirtschaft und Wohnungsamt? Endlich, endlich einmal könntest du dir doch den Dreck der Großstadt aus den Augen wischen. Steig hinauf auf die Frauentürme und schau hinaus ins Land. Was siehst du da jenseits des weißwurstduftenden Häusermeers? Hügel und Wälder, Flüsse und Äcker und Wiesen, dazwischen schmucke Dörfer, wie sie sonst nirgends zu finden sind wie im Bayerland. Land, Land soweit dein Auge reicht! Da draußen ist Platz für Hunderte, ja Hunderttausende, wenn sie nur wollen, wenn sie sich loslösen können von der Lampe Großstadt, um die sie wie tolle Falter schwirren. München, die Kunststadt, Sitz vieler Intelligenzen, die deutscheste Stadt der Gegenwart, Sitz sogar einer Regierung, und Wolkenkratzer!

Nein, das darf nicht sein. Unsere Nachkommen sollen die Verirrungen unserer Fieberkrankheit nicht dauernd verewigt vor Augen sehen müssen! Amerika den Amerikanern, Bayern den Bayern! Wir wollen keine Wolkenkratzer. Wir wollen Eigenheime, Heimstätten mit Gärten draußen vor der Stadt! Bureauräume werden dann schon frei werden für die bevorzugte Klasse der Händler. Ist Geld da zum Bau von Wolkenkratzern, so kann man es auch hernehmen zum Bau von Heimstätten. Tausende warten darauf mit Sehnsucht. Möchte doch München mit dem guten Beispiel vorangehen und mit der verhängnisvollen Vergrößerung der Großstädte als erste ein Ende machen.

Nicht wachsen sollen sie, sondern abnehmen. Das Wettrennen um die höchste Einwohnerzahl muß aufhören. Die Städte müssen wieder kleiner werden, denn sie haben sich nicht bewährt. Aus Einwohnern müssen wieder Menschen werden, und diese gedeihen nur auf eigener Scholle, die sie selbst bearbeiten und die sie ihren Kindern mit ausgewachsenen Obstbäumen hinterlassen können. Im Eigenheim und Garten finden sie dann das deutsche Vater- und Mutterland wieder, um das sie die Großstadt betrog.

Stadträte und Bürgermeister, Bezirksamtmann und Bürgermeister der Stadt München! Hört nicht auf das Geschrei der Hypothekenbesitzer, Bierbrauerkapitalisten, Wirte und Kaffeehausbesitzer, die immer noch mehr Menschen in das Delirium ihres „Betriebs" hineinziehen möchten, um ihre Beutel zu füllen und ihre Rente zu sichern. Genug Menschen wohnen schon übereinander und untereinander und nehmen sich gegenseitig Licht und Luft weg. Wieviele Wohnungen und Zimmer gibt es in München, in die kein Himmel hereinschaut! Wieviele Kinder wachsen auf an Fensterstufen, die ewig in dem gleichen Schatten sind! Auf dem Straßenpflaster wächst nichts Gutes. In den Mietskasernen und Hinterhäusern stieg der Groll derer auf, die von den Brosamen des Glücks leben mußten und immer noch leben müssen. Nicht auf dem von Sonne und Wind durchwehten Land, auf dem Großstadtpflaster wuchs der Judengeist, der Revolutionswahnsinn, und weitere Umstürze noch schlimmerer Art werden unausbleiblich sein, wenn die Deichsel nicht in unseren Tagen herumgedreht wird.

A b b r u c h d e r G r o ß s t a d t muß das Stichwort lauten für die nächsten 50 Jahre. Laßt kein Wohnhaus mehr bauen, laßt niemand mehr ziehen in die Großstadt! Nieder mit der Bodenrente, die Menschen zwingt, zu dicht beisammen zu wohnen, einander zu ärgern und zu stören, die dem fleißigen Familienvater einen großen Teil des Einkommens wegfrißt und faulen Drohnen den Müßiggang durch arbeitsloses Einkommen ermöglicht.

Woran scheitert die großzügige Siedlung, von deren baldiger Durchführung Wohl und Wehe der deutschen Zukunft abhängt? Am falschen Bodenrecht, welches den Bodenwucher schuf. Eigentum am Boden heißt ein Monopolrecht auf ein Stück Heimatboden besitzen, Eigentum am Boden heißt den Heimatboden zur beliebig austauschbaren Händlerware machen. Unermüdlich müssen wir und mit uns alle Landlosen und Landsehnsüchtigen deutsches Bodenrecht fordern, demzufolge der gesamte deutsche Grund und Boden Volkseigentum wird. An den Besitzverhältnissen ändert das gar nichts; jeder Bauer und Grundbesitzer bleibt auf seinem Anwesen. Nur das Monopol, das alleinige Verfügungsrecht darüber verliert er, dieses geht über an die Gemeinde, an das Bezirksamt, an die Volksgemeinschaft, die wir Staat nennen. Die Hypotheken werden abgelöst, der bisher bezahlte Hypothekenzins zur Tilgung der Schuld verwendet. Der Boden wird dann frei und darf nicht mehr verschuldet werden. Die großzügige Siedlung, der Bau von Millionen von Heimstätten mit Garten, die Entvölkerung der Städte und ihre allmähliche Umwandlung in Gartenstädte setzt ein. Man wird die Großstädte als Steinbrüche verwenden, wo man die Steine zum Bau der Siedlerhöfe holt.

Land zur Siedlung ist genug da. Mancher Bauer hat mehr als er braucht und bewirtschaften kann. Der Großgrundbesitz kann einiges hergeben. Viele auf bestem Getreideboden stehende Wälder und Auen können gerodet werden; dafür pflege man den Wald im Gebirge besser. Ödland und Heide ist genug vorhanden und wartet des Pflugs und der Menschenhand. Es ist gar nicht nötig, alle Moore zu trocknen, lassen wir sie lieber als ein Rest von Urnatur. Führen wir allgemein die pflichtmäßige Höchstertragswirtschaft ein, so haben noch Millionen von Bauern und Siedlern in Bayern Platz; denn der höhere Ertrag der Felder und Gärten schafft Raum und Nahrung für mehr Menschen als bisher. Vor allem aber sollte die Stadtgemeinde München, die ja über eine außerordentlich große Flur verfügt, auf diesem Gemeindeboden mit dem Bau von Heimstätten mit Garten beginnen; es steht nichts im Wege. Wird im Mai der Grund ausgehoben, so können in den neuerbauten Gartenheimen schon einige hundert Glückliche Weihnachten feiern. Ist das nicht vernünftiger, als Wolkenkratzer bauen?

Der Bruderzwist im Hause Marx

Dr. Alexander Schilling.

Karl Marx ist der Begründer der ersten Internationale. Diese hat Schiffbruch erlitten und an ihre Stelle trat die nun viel gelästerte zweite Internationale, der unter anderem die deutschen Mehrheitssozialisten und die tschechischen Rechtssozialisten noch angehören. Der Weltkrieg bewies, daß die Internationale eine tönerne Form ist ohne Inhalt, die unter seinen wuchtigen Schlägen in Scherben ging. Zu Moskau wurde die dritte Internationale, auch intransigente Internationale genannt, begründet. Doch nur jene finden Einlaß in die heiligen Hallen, wo man die Rache und den Haß sehr wohl kennt, die sich der Feuer- und Wasserprobe der einundzwanzig Punkte unterziehen. Nun ist es nicht nach jedermanns Geschmack, erst durch das Fegefeuer dieser Läuterung zu gehen, um in das bolschewistische Paradies Eingang zu finden, zumal man dort nicht vom Baume der Erkenntnis essen darf, sonst fliegt man, dank der famosen Einrichtung des politischen Ostrakismus, wieder hinaus. Die einundzwanzig Punkte sollten das Scheidewasser sein, das das Gold des Revolutionarismus von der Schlacke des Sozialpatriotismus scheidet, in Wirklichkeit wurden sie geschickt gelegte Dynamitpatronen, die eine sozialdemokratische Partei nach der anderen auseinandersprengten. Es dürfte heute auf dem ganzen Erdenrund keine zwei sozialdemokratischen Parteien mehr geben, die nicht schon, dank der konsequenten Arbeit der kommunistischen Keimzellen, zersetzt wären. Am längsten bewahrten ihre Einheit die deutschösterreichische Sozialdemokratie und die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei, wohl eine Nachwirkung des Geistes Viktor Adlers, dem stets die Einheit über die Klarheit ging. Durch die Sonderaktion der beiden Redakteure der Arbeiterzeitung, Dr. Frey und Rothe, ist auch in Deutschösterreich das Werk Viktor Adlers begraben. Nur in der Tschechoslowakei gibt es eine ungespaltene deutsche Sozialdemokratie. Sie gehört aber auch ins Kuriositätenkabinett. Die Sozialdemokratie war in Wort und Schrift ihren Gegnern gegenüber nie fein, sie schlug stets mit der Keule geheuchelter moralischer Entrüstung zu und führte nur selten die feine Damaszenerklinge sachlicher Kritik. Das Schimpfwortlexikon der Sozialdemokratie ist ein ganz ansehnlicher Band. Aber es muß gesagt werden, daß die Summe der Beleidigungen, Verhöhnungen und Beschimpfungen, die sich die streitenden Brüder im Hause Marx an den Kopf werfen, noch keine feindliche Partei, selbst die verhaßten Nationalsozialisten, an den Kopf geworfen bekamen. Es zeigt schlechterdings von einem unglaublichen moralischen Tiefstand, daß es Männer, die sich gegenseitig als Schufte, Schurke und Verräter brandmarken, noch imstande sind, ein und derselben Partei anzugehören, an einem Beratungstische Platz zu nehmen. Dabei arbeiten die Herrschaften gegeneinander mit § 19 Berichtigungen. Selbst die brutale Gewalt spielt bei diesem Bruderzwiste im Hause Marx keine kleine Rolle, so höhnt der Reichenberger „Vorwärts" in seiner Nummer vom 1. Jänner die Rechtssozialisten in einer Merke „Statt Argumente — Prügel", worin er sich beklagt, daß die Kommunisten von den Rechtssozialisten verprügelt werden: „Das sind also die sachlichen Argumente, die drei Herren gegen uns ins Treffen führen." Nun diese sachlichen Argumente haben die Gegner der Sozialdemokratie öfters zu spüren bekommen. Einen scharfen Kampf führen auch die Linkssozialisten gegen die Gewerkschaften und ihre Führer, so heißt es im „Vorwärts" vom 25. Dezember: „Das ist also die neue Dreieinigkeit, die zusammenarbeitet, um die revolutionäre Arbeiterschaft niederzuhalten: Kapitalisten, Gewerkschaftsführer und Staatsmacht — drei verschiedene Personen, aber doch eine göttliche Einheit: Die Gegenrevolution". Ferner nennt der „Vorwärts" die Rechtssozialisten „Gelbe", Bestochene des Kapitals, Verräter der Arbeiterschaft, Denunzianten. Demgegenüber erklären die Rechtssozialisten, die Linkssozialisten seien Revolutionäre mit drei großen R, Maulhelden, die mit dem Leben der Arbeiterschaft spielen. Für Leute, denen an dem Leben von einigen Arbeitern nichts gelegen ist, — der Linkssozialist Schiff erklärte, auf ein paar Tote komme es beim Generalstreik nicht an — dürfe in der Arbeiterbewegung kein Platz sein. Auch hätten sie kein Verständnis für ein Heldentum, das telephonisch die Befehle zu Putschen gibt, dabei aber selbst wohlgesichert hinter dem Ofen hockt. Wir haben dieser Selbstkritik nichts hinzuzufügen.

Noch einmal gelang es zu Karlsbad, das Leck des Parteischiffes zu verstopfen, es schrieben damals große Blätter über die gerettete Einheit der deutschen Sozialdemokratie hierzulande. Wir waren uns im Vorhinein klar, daß zu Karlsbad die Auseinandersetzung nur vertagt war. Die Spaltung in der Jugendbewegung war das erste Zeichen, daß die Kommunisten nicht gesonnen sind, ihr Zerstörungswerk aufzugeben. Die sogenannten Linkssozialisten Reichenbergs beteiligten sich offiziell an der Kommunistentagung in Deutschland und der linkssozialistischen Tagung der Tschechen. Dagegen die Mehrheitssozialisten an der Tagung der tschechischen Rechtssozialisten und an der Genfer internationalen Tagung, die wie der Reichenberger „Vorwärts" höhnt, die zweieinhalb Internationale begründen will. Die Rechtssozialisten gehen nunmehr einfach zum Angriffe über und schließen Linkssozialisten aus. Die Linkssozialisten verlangen jedoch die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, bei dem sie bereits die Mehrheit zu haben hoffen. Die Linkssozialisten wollen sich nur noch nähere Instruktionen aus Moskau selbst holen. Vor dem Parteitag der tschechischen Linkssozialisten fahren von diesem Muna und Delezal, von den deutschen Kreibich. Das Schicksal der sozialdemokratischen Bewegung in diesem Staate ruht also in den Händen Lenins. Moskau ist damit das bolschewistische Mekka geworden. Im übrigen hat Kreibich durch sein Verhalten auf dem Karlsbader Parteitage manche Sünde wider den heiligen bolschewistischen Geist

---

blieben ist. Denn im Bolschewismus das Judentum erkennen, das ganze Werk aber mit der Hoffnung auf die produktive Kraft des Zionismus schließen, ist eine wenig tief schauende Denkungsart. Schon allein, daß die führenden Zionisten sehr mit den Bolschewistenjuden liebäugeln, sollte Grund genug zum Denken geben!

180 Seiten widmet Hauser dem Alten Testament, 12 Seiten dem Talmud. Das ist eine ganz mißglückte Architektonik. Er selbst betont, daß der Talmud wichtiger für die Juden sei als das Alte Testament, und bringt es doch fertig, diesen charakteristischsten Ausdruck des Judentums, die Frucht der Arbeit von über 2000 Rabbinern, fast ganz auszuscheiden.

Dankenswert ist die Heranziehung der vergleichenden Mythologie und der vergleichenden Sprachwissenschaft. Daß Hauser in deren Anwendung zu weit gegangen ist, werden ihm wohl andere nachweisen. Ich möchte nur gegen die „Christusmythe" Stellung nehmen.

Die „Mythologen" von heute, vernarrt in ihre Entdeckungen, haben das Bestreben, alle Persönlichkeit aus der Welt zu schaffen. Wenn man nicht schwarz auf weiß etwas nach Hause tragen kann, so entsteht für sie sofort ein Mond- oder Sonnengott. So wird auch Christus „wegerklärt". Ich würde gern wissen, ob Hauser auch Buddha oder Lao-tse wegdisputiert. Lao-tse war der Sohn des Sonnenstrahls und einer Jungfrau, er hatte als Kind schneeweißes Haar und schneeweiße Augenbrauen und war weise wie ein Greis. Daher heißt er Lao-tse (Greis-Kind). Hier könnten Hausers Gesinnungsgenossen einen famosen Sonnen- oder Mondgott konstruieren. Nur schade, daß der Archivar Li-Pejang ein Buch g e s c h r i e b e n hat. Vielleicht können unsere „Mythologischen" auch das wegerklären . . . Ein witziger Mann hat auch Napoleon als Sonnengott erläutert, so daß auch rein gar nichts von ihm übrigblieb. Vielleicht versucht sich Herr Hauser auch an ihm, oder an einem anderen „gelebt habenden" Menschen.

An historischen Tatsachen enthält das Buch eine Menge von interessanten Hinweisen; daß das Handelstalent der Juden richtig gedeutet wird, ist selbstverständlich. Nur darf man dies nicht mit dem Wort G e n i e bezeichnen, wie es Hauser tut. Ein „altes K u l t u r v o l k" vermögen wir in den Juden nicht zu erblicken, auch „Begabungen e r s t e r O r d n u n g" haben sie nirgends hervorgebracht. Daß Spinoza das Judentum überwunden hat, ist sehr oberflächlich geurteilt. Er hat alle seine w i r k l i c h e n Gedanken aus Deskartes und Bruno gezogen und war ein geschickter Techniker. Die Ausbeutung Goethes für Spinoza ist übel angebracht; Hauser möge Goethes Urteile über K a n t nachlesen. Komisch wirkt es, wie Hauser jeden Juden, von dem er annimmt, daß er blond war, herauszustreichen sucht, sich — bei aller Antipathie — „als Blonder dem Blondling Heine" nahe fühlt. Über Marx führt er selbst ein ungünstiges Urteil an, glaubt aber, ihm und — Lassalle sei es nur um die Sache zu tun gewesen. Börne (der vom Todestage Goethes die „deutsche" Freiheit datierte) wird ein famoser Mensch usw. Dazwischen wieder kommen ausgezeichnete Urteile über jüdische Kunst, Literatur.

Das Freimaurertum wird beiläufig behandelt. Hauser schließt sich dem ablehnenden Standpunkt an. Aber er verteidigt die deutschen Maurer, und bezeichnet sich selbst als „Freimaurer ohne Schurz". Er hat auch hier den Kern der Frage nicht erfaßt: daß das rückgratlose „deutsche" Freimaurertum mit seiner Verschwommenheit und nationalen Würdelosigkeit eine Waffe in der Hand der Juden, Franzosen, Engländer war.

Dies alles mußte gesagt werden, vieles ließe sich noch bemerken. Das Buch ist — trotz vielem Interessanten — nicht von einem tieferen Denker geschrieben, und auch der Psychologe läßt zu wünschen übrig. Das Irrelichtern, das sich ganz fälschlicherweise O b j e k t i v i t ä t nennt, ist die Folge davon. Die Geschichte des Judentums ist noch zu schreiben.

Alfred Rosenberg.

Salvator

Von Fritz de Crignis.

Die Regierung hofft, durch Ausschank von dickem Bier um den fälligen Märzputsch herumzukommen.

Der Salvator wirkt für den sozialen Ausgleich. Auch der einfache Mann ist wieder besoffen.

Die Räusche sind nicht mehr das Vorrecht der Schieberkaste.

Mit Hilfe des Salvators lernt das Volk, mit höheren Prozenten zu rechnen, was das Verständnis fördert für die neuen Steuern.

Die Räusche lernen langsam wieder mit den Münchnern umzugehen.

Besser zu viel getrunken, als zu wenig gegessen.

Einen Rausch, den man versäumt, bringt keine Ewigkeit zurück.

Nach der dritten Maß Salvator weiß der Bürger nicht mehr, ist er jetzt ein föderalistischer Partikularist, ein partikularistischer Unitarist, ein unitaristischer Föderalist oder was sonst für ein Blech.

Unwillkürlich gewinnt man den Eindruck: Ein Volk, das noch so saufen kann, das kann nicht untergehen.

Meinungsverschiedenheiten wurden in ritterlicher Weise mit Hilfe der Maßkrüge ausgetragen unter Zuhilfenahme der Kenntnisse, die sich der Münchner im Zoologischen Garten erworben hat.

auf sich genommen und es ist noch sehr fraglich, ob es dafür selbst beim roten Papa, eine Absolution gibt. In Wirklichkeit geht es um viel mehr als einen Parteizwist. Der Linkssozialismus ist nur das Sprungbrett für den Bolschewismus. Der Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft in diesem Staate wird dem Bolschewismus Flügel verleihen. Die Tschechoslowakei steht im Frühjahr vor schweren sozialen Kämpfen, vor Kämpfen, wie sie das Deutsche Reich im verflossenen Jahre durchzumachen hatte. Wird die Tschechoslowakei die Probe auf das Exempel ihrer Staatlichkeit bestehen?

Aus der Bewegung

Die Parteigenossen und Parteifreunde werden gebeten, in die jeden Montag stattfindenden Sprechabende Freunde, Bekannte und Interessenten einzuführen. Jeder Gast ist freundlichst willkommen.

Ortsgruppe Landshut: Jeden Montag Sprechabend. Jedes Mitglied ist verpflichtet, zu erscheinen und Gäste und Interessenten mitzubringen.

Die Wohnungsnot.

Hsj. Die Antwort der bayerischen Staatsregierung auf die ihr übersandten, bereits zweimal im „V. B." veröffentlichten Forderungen betreffs der Neugestaltung im Wohnungswesen, ist bis heute noch nicht eingetroffen. Das heißt mit andren Worten: Die Staatsregierung ist nicht gewillt, jene Stellung zur Wohnungsfrage endlich einzunehmen, die eine entschiedene Abhilfe darstellt.

Infolgedessen machen wir die Wohnungsuchenden darauf aufmerksam, daß wir in den nächsten Tagen eine Versammlung einberufen werden, in der wir neuerdings die Unfähigkeit der Münchener Wohnungspolitik beleuchten werden. Wir fordern alle deutschen Volksgenossen auf, durch Mitarbeit im „Verband für entschiedene Wohnungsnothilfe" dafür zu sorgen, daß den sozialen Belangen in der Wohnungsfrage gedient wird und nicht an einem System herumgeflickt wird, das den Keim innerer Ohnmacht in sich trägt, wie das Münchener Wohnungsamt. Anmeldungen zum Verband für entschiedene Wohnungsnothilfe durch Postkarte an Hansjörg Maurer, Kunigundenstraße 11/I.

Auch auswärtige deutsche Volksgenossen sind selbstverständlich eingeladen zum Beitritt. Denn die Wohnungsfrage ist nicht eine örtliche, sondern eine allgemeine. Da die Polizei eine Plakatierung unserer Forderungen nicht genehmigte, nachdem sie schon zweimal veröffentlicht worden, sind wir zunächst gezwungen auf diesem Wege unsere Bekanntmachungen zu erlassen. Es hängt von der einigen Mitarbeit ab, ob wir unseren Druck auf die Entschlußkraft der Regierung so verstärken können, daß die gegnerische, jüdische Wühl- und Droharbeit versagen muß.

Über die angekündigte Versammlung wird Näheres noch bekanntgegeben.

•

Schutz- und Trutzbund.

Am 16. März hatte die Ortsgruppe Pforzheim des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes ihre Mitglieder und Freunde zu einem Vortrag des Herrn Professor Dr. Pösch-Heidelberg eingeladen. Der Redner gedachte zunächst in eindrucksvoller Weise der im Weltkrieg gefallenen Helden und betonte, daß es Pflicht jedes Deutschen sei, ihr Andenken zu ehren. Ist es ihnen doch gelungen, die feindlichen Heere vom heimatlichen Boden fernzuhalten und Deutschland vor dem Schicksal, Kriegsschauplatz zu werden, zu bewahren. Heute droht uns außer dem äußeren Feind, der uns, wie die Verhandlungen in London bewiesen haben, auf Generationen hinaus versklaven will, der ebenso schlimme innere Feind — Uneinigkeit, Zwietracht, falsch verstandener Sozialismus. Setzen doch weite Kreise unseres Volkes ihre Hoffnungen immer noch auf die internationale Solidarität der Arbeiterschaft, obwohl jeder Tag das Versagen derselben beweist. Der Redner erläuterte sodann die vielfach mißverstandenen Ziele des Bundes und wies besonders den Vorwurf einseitiger Judenbekämpfung zurück. Er kündigte dem zersetzenden Internationalismus und alles beherrschenden Materialismus, der durch fremdstämmige Elemente in unser Volk getragen wird, schärfsten Kampf an, er trat ein für nationale Neugestaltung des Schulwesens, einen vernünftigen Ausbau der Volkswirtschaft, Erziehung zum staatsbürgerlichen Gedanken und Rückkehr zur alten deutschen Redlichkeit und Treue. Besonders betonte er die notwendige Entfernung alles undeutschen, sittenverderbenden Wesens aus Kunst und Literatur. In seinem Schlußwort forderte der Redner alle Deutschen zu engem Zusammenschluß und tatkräftiger Mitarbeit auf. Die sachlichen Ausführungen des Redners fanden den ungeteilten Beifall der Anwesenden.

•

Volksbund „Deutsche Wacht", Passau.

Der Volksbund „Deutsche Wacht" mit dem Sitze in Passau wurde im Jahre 1912 gegründet und hat nach Wiederaufnahme seiner Tätigkeit im Herbst 1919 die Erhaltung des deutschen Besitzstandes in Deutschböhmen zum Ziele.

Zu diesem Zwecke hat die „Deutsche Wacht" im Verein mit dem „Deutschen Schutzbund" in Berlin und dem „Hilfsverein für Deutschböhmen und die Sudetenländer" in Wien die „Grenzdeutsche Mittelstelle" in Passau ins Leben gerufen, welche die Aufgabe hat, unsere Schutzarbeit in großzügige Bahnen zu leiten, den Volksbund „Deutsche Wacht" nach und nach über das ganze östliche Bayern zu verbreiten und durch Abhaltung von aufklärenden Vorträgen das bayerische Volk von der Not der Deutschen im Böhmerwalde zu unterrichten, es auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche für Bayern drohen und ihm zu sagen, daß es ein bayrischer Volksstamm ist, der seit vielen Jahrhunderten im Böhmerwalde wohnt und heute als erster Vorposten für Bayern im schwersten Kampfe steht.

Die von dem neu ernannten Geschäftsführer der Grenzdeutschen Mittelstelle, Herrn A. Junwirth vor kaum 14 Tagen im „Bayr. Walde" in diesem Hinsicht begonnene Tätigkeit war von vollem Erfolg gekrönt, war es ihm doch möglich, in diesen wenigen Tagen nicht nur der vor kurzem gegründeten Ortsgruppe Zwiesel durch eine Versammlung in Regenhütte eine große Anzahl neuer Mitglieder zuzuführen, sondern auch in den benachbarten Orten Bayr. Eisenstein, Spiegelau, Frauenau, Buchenau und Bodenmais kräftige Ortsgruppen mit je 70 bis 100 Mitgliedern ins Leben zu rufen, so daß die „Deutsche Wacht" nunmehr insgesamt 18 selbständige Ortsgruppen zählt.

Mit besonderer Freude und Genugtuung verdient festgestellt zu werden, daß sich allerorts Angehörige aller Stände und Parteien für die Gerechtigkeit und Notwendigkeit der Bestrebungen der deutschen Wacht aussprachen und als Mitglieder anmeldeten. Auch die Arbeiterschaft trat, getragen vom Solidaritätsgefühl gegenüber ihren deutschböhmischen Brüdern und zu deren Unterstützung, fast restlos in die Reihen unseres Volksbundes.

Unterm Scheinwerfer

Frau Mode.

In der „M.-A.-A." Nr. 115 lesen wir auf Seite 4, Spalte 2, einen Artikel „Frau Mode", in dem zur Schaufensterbesichtigung bei Tietz eingeladen wird. Die „teilweise sehr hübschen, teilweise etwas übertriebenen Sachen" werden damit entschuldigt, daß Frau Mode weiblichen Geschlechts sei u. ihr deshalb etwas Launenhaftigkeit u. Schalkheit im Blute liege. Nun, zunächst die Feststellung, daß die Frau Mode, die bei Tietz vertreten wird, nicht von deutschen Hirnen erzeugt wurde, sonst könnte sie so verrückt nicht sein. Zum andern sollen die deutschen Frauen von der Frau Mode ganz abhängig und damit meschugge gemacht werden. Es ist ekelhaft genug, deutsche Frauen wie die Zebras oder bunte Kühe angezogen zu sehen — weils so Mode ist? O nein, weil das modebestimmende Judentum, mit seinem Instinkt für die Fehler und Schwächen anderer begabt, es so haben will, daß die deutsche Frau auch die verrücktesten Hanswurstiaden allen Ernstes als Geschmack und Vornehmheit empfinden soll. Daß die Tollheiten unsinniges Geld kosten, das nur ganz nebenbei.

Wenn nun aber ein Blatt wie die „M.-A.-A.", das von einem Pfarrer Traub geleitet wird und für die Hebung des deutschen Geistes, des deutschen Nationalbewußtseins und anderer schöner Dinge einzutreten vorgibt, ihre Spalten der Verhimmelung jüdischer Modenarrheiten leiht, dann nennt man das dem Zersetzungskeim in der deutschen Kultur Handlangerdienste leisten.

Der russische Finanzminister in London 1914.

Bekanntlich waren die Finanzminister im kaiserlichen Rußland immer Deutsche, d. h. Balten, niemals Juden und sehr selten Russen, — weil bei den ersteren immer und bei den letzteren öfters die Gefahr des Stehlens vorlag. Der Held dieser Anekdote ist Bark, der langjährige Gehilfe des russischen Finanzministers Wischnjegradosky. Bark war auf dem Gute des Vaters in Kawa, Livland, geboren; sein Vater war ein etwas komischer Heiliger. Das Gut Kawa lag zwischen den Gütern der Grafen Cancrin und des Herrn Bunge. Eines Tages war der Bruder des jungen Bark weg, — der alte, befragt, was aus ihm geworden, sagte, er habe soviel Neigung zur Musik gehabt, und da habe er den Bengel einem bettelnden Leiermann zur Ausbildung mitgegeben. Also dieses Mannes Sohn war erst junger Finanzbeamter beim Finanzminister Witte, einem Deutschen. Wittes Frau war allerdings Jüdin, die eifrig an der Börse spekulierte und ihr Mann mußte seine Politik so einrichten, daß sie nicht verlor. Gleichwohl war er, als der Zar ihn endlich verabschiedete, ein völlig armer Mann, dem der Zar aus seiner eigenen Tasche 200 000 Rubel gab, damit er sich erholen konnte.

Dieses Mannes Nachfolger wurde Bark. Er wurde alsbald nach Kriegsausbruch nach London geschickt, um dort Fühlung zu nehmen, wie man ihn finanzieren könne. Er war von seinem Gehilfen von Sahmen, ebenfalls einem Deutschen begleitet. Alsbald kehrten Bark und von Sahmen aus London zurück, ohne auch nur einen Pfennig Geld dort erhalten zu haben. Bark war außer sich; denn die erste Frage, die man ihm bei seinen Verhandlungen in London unverblümt vorgelegt hatte, war die: „Haben Sie Vollmachten von den russischen Juden???" Empört hatte Bark diese unglaubliche Zumutung von sich gewiesen; er, der russische Finanzminister, mit Juden zu tun zu haben! Ob man denn nicht wisse, wer er sei, der Finanzminister des russischen Zaren! Worauf er die zweite Ohrfeige erhielt: „Glauben Sie denn, daß die englischen Juden so dumm sind, ihr Geld dazu herzugeben, damit die Juden in Rußland gehauen werden?" Mit einigen Diners und Luncheons wurde er . . . abgespeist und durfte nach Petersburg zurückkehren. Sein völliger Reinfall war allgemeines Gespräch in der russischen Hauptstadt: Geld habe er zwar nicht mitgebracht, so hieß es, aber dafür wenigstens zwei ganz neue Tänze! Nanu, war auf diese Bemerkung eines jeden Antwort, und welche denn? Sehr einfach, den „Pas de credit" und den „Pas d'argent"!!!!

Sehr bald darauf reisten Bark und von Sahmen wieder nach London. Diesmal hatte er über Erwarten großen Erfolg. Er hatte die Vollmachten bei sich. —

Münchner Nachrichten

Über das Grab hinaus

Die Treue zu wahren, den im Weltkrieg gefallenen Söhnen unseres Volkes, ist heilige Pflicht.

Wir wissen, daß heute schon manche Grabstätte verwahrlost, zerstört, verschwunden ist. Noch aber gilt es für rund eine Million Gräber zu sorgen, die uns bekannt sind. Ob es nun Einzelgräber sind oder Gruppen, oder Friedhöfe oder Massengräber — ihnen allen gilt unsere Fürsorge. Sie sollen vor weiterer Zerstörung geschützt, vor Schändung und Vergessenwerden bewahrt bleiben. Menschliches Empfinden, religiöse Gefühle, die Ehre unseres Volkes verlangen dies. Nach solchen Opfern, heilig großen, ein treues Gedenken der Lebenden für alle Zeiten. Sind wir doch eine große, trauernde Familie; kaum ein Haus, das nicht ein Kriegsopfer zu beklagen hat. In der freudigen Betätigung dieser unserer nationalen Pflicht kann und wird sich das ganze Volk wieder zusammenfinden zur Einigkeit. Liebe und Treue über das Grab hinaus! Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Bayern e. V. hat die hohe und hehre Aufgabe übernommen, alle diese Bestrebungen und Wünsche zu organisieren und zur Durchführung zu bringen. Von Bayern ging der erste Gedanke aus, in allen Kreisen hat er freudigen Widerhall gefunden, täglich wächst die Zahl der Ortsgruppen, begeisterte Zustimmung überall. Große Mittel sind erforderlich. Wiederum ist es Bayern, das in unerreichter Weise an der Spitze der Sammlungstätigkeit steht, dessen Opferfreudigkeit Bewunderung erregen muß. Allen voran unser liebes München mit seinem wahrhaft goldenen Herzen. In der Karwoche, die besonders auf Herz und Gemüt einzuwirken geeignet ist, wendet sich der Volksbund mit einer Haussammlung an Münchens Einwohnerschaft. Mögen die Sammler Verständnis und gebefreudige Herzen finden!

Aus Fliegerkreisen geht uns zu:

Flieger heraus!

Um Weihnachten 1920 wurde durch Herrn Jehle, Elisabethstraße 13, in der Presse ein Aufruf an alle ehemaligen bayerischen Flieger erlassen, in dem er auffordert, Offizier wie Mann, Flugzeugführer wie Monteur, sich zusammenzuschließen.

Daß dieser Aufruf einem lange gehegten Wunsch aller interessierten Kreise entsprach, bewies die am 18. März zahlreich besuchte Gründungsversammlung, und ein weiteres Bedürfnis zu einem Zusammenschluß lag darin begründet, daß bisher eine Vereinigung bestand, die zwar ähnlich Ziele im Auge haben will, aber sich recht exklusiv verhielt. Der Bayerische Fliegerklub umfaßt nur ehemalige Offiziere, und ist selbst darin recht wählerisch. Ein kleines Fähnlein von ehemaligen Unteroffiziersfliegern will in seinem schwachen Aufbau keine ehemaligen Offiziere zu Wort kommen lassen, weil die Führer des kleinen Häufleins als ehemalige Soldatenräte immer noch geneigt sind, selbst in einer solchen unbedingt notwendigen Vereinigung Politik zu treiben. Der offizielle Vertreter des Bayerischen Fliegerklubs, in der Person des Herrn Friedrich, Leutnant a. D., rief bei seinen „wohlgemeinten" Darlegungen Bilder wach, wie man sie nur bei Straßenagitatoren sehen kann. Die bis jetzt so schwer gewesenen Aufnahmebedingungen für den Fliegerklub änderte er in seinen Ausführungen dermaßen um, daß sogar jedem Monteur in Aussicht gestellt ward, mit offenen Armen im „Preysing-Palais" empfangen zu werden, und zwar mit den Worten: „Kommt zu uns!" Man kann sich eines Lächelns nicht erwehren. Erst nach zwei Jahren kommen diese Herren endlich dazu, sich auch um die Mannschaften der ehemaligen Fliegerei anzunehmen, nachdem aber nicht sie, sondern Jehle die treibende Kraft war, endlich einmal einen Zusammenschluß zu bewerkstelligen.

Die Idee Jehle ist und bleibt anerkannt, endlich alle ehemaligen Angehörigen der Fliegertruppe, vom Mann bis zum ehemaligen Offizier, ohne Unterschied der Partei, ohne Unterschied der Privatinteressen zusammenzuschließen in dem „Bayerischen Landesflugverband", der sich als Ziel gelegt hat, gemeinsam mit dem schon bestehenden Bund deutscher Flieger die Aufrichtung der brachliegenden deutschen Luftschiffahrt zu fördern.

Wir Bayern wollen das gleiche wie die schon bestehenden Verbände in Norddeutschland, jedoch wollen wir uns in Bayern selbst verwalten. Die große Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer hat gezeigt, daß der von Jehle angeregte Zusammenschluß der bayerischen Flieger zustande kommen muß, und zwar, nochmals erwähnt, ohne ehemaligen Rangunterschied. Wer von den ehemaligen Fliegerangehörigen mit diesen Ausführungen einig geht, der sende seine Anschrift an B. Jehle, München, Elisabethstraße 13/2.

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband. In der Verbandsversammlung am Donnerstag, den 17. März, abends, im Parterrenebenzimmer des Pschorrbräuhauses, Bayerstraße, hat Herr Studienprofessor Dr. Burmester in einem Lichtbildervortrag über „Der Orient und der Orientale mit besonderer Darlegung der handelsgeographischen Bedeutung des Orients" gesprochen. Mit seinen Lichtbildern zeigte er das eigenartige Gepräge der orientalischen Städte, den Kaukasus mit seinen eigenartigen Gletschergebilden, weiterhin das Überschwemmungsland des Nil bei Kairo. Der dortige Kaufmann kennt keine Kalkulation, er kennt wohl den Selbstkostenpreis, des weiteren ist aber die Höhe des Preises für ihn unbegrenzt. Er liebt das Schachern. Die in Kairo bestehenden Schulen sind auf die Gründung verschiedener Nationalitäten zurückzuführen, und ist es deshalb Regel, daß der Einheimische viele Sprachen beherrscht. Ein Türke besucht z. B. in Kairo die deutsche Schule, der Umgang mit der verschieden nationalen Bevölkerung macht es ihm möglich, französisch, englisch, türkisch, griechisch, arabisch und vielleicht noch deutsch zu sprechen. Leider ist es der Deutsche, der sich in der Regel dort aller anderen Sprachen bedient und seine Muttersprache vernachlässigt. Es ist deshalb nötig, daß gerade dem Deutschen immer wieder gezeigt wird, nationalen Stolz zu bewahren, er ist und wird sonst auf der ganzen Welt verachtet werden.

Der „Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten Deutschlands (vormals Genfer Verband und Deutscher Kellner-Bund Union Ganymed)", Sitz Leipzig, teilt uns mit, daß er auf Grund der Beschlüsse seiner Generalversammlung in Braunschweig aus den freien Gewerkschaften ausgetreten ist und sich dem Deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossen hat. Die Bundesmitglieder erhalten in den Geschäftsstellen desselben und denen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in allen gewerkschaftlichen und Tariffragen Auskunft und Rat, wenn sie sich als Bundesmitglieder ausweisen.

Der Freigewerkschaftliche Zentral-Verband, früher Gastwirtsgehilfen-Verband, treibt irreführende Propaganda, daß der „Bund" nicht mehr existiert. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Bund nicht aufgelöst, sondern durch seinen gewerkschaftlichen Anschluß gesetzlich berechtigt und verpflichtet ist: 1. als Kontrahent an allen Lohnbewegungen teilzunehmen, 2. Vertreter bzw. Sachverständige bei den sozialen Körperschaften und Gerichten zu stellen, 3. Fachgutachten abzugeben.

Münchner Komödienhaus, Holzstr. 9. Wegen kleiner baulicher Veränderungen bleibt das Theater bis Samstag geschlossen. Karsamstag, den 26. März, Erstaufführung von L. Thomas „Das Säuglingsheim", eine Burleske in einem Akt, hierauf „1. Klasse".

Werft gelesene „Beobachter" nicht fort,
sondern gebt sie zum Lesen weiter!

Wer sein
BESITZTUM
sei es auf dem Lande oder in der Stadt, ganz gleich welcher Art und Größe, rasch, vorteilhaft und verschwiegen verkaufen will, wende sich in seinem eigensten Interesse an die allbekannte
Immobilien-Verwertungs-Gesellschaft
FISCHLER & CO
München, Prielmayerstr. 10, Tel. 51519
Mäßige Bedingungen. Durchgreifende Behandlung eines jeden Verkaufsauftrages. Höchste Preiserfolge! Geschulter Beamtenstab! Besichtig. sofort kostenlos allerorts i. ganz Deutschland. Prospekt m. Angabe v. Referenz. sofort gratis!